

Überreiter Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Überreiter Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgehaltene Zeile oder deren Raum 35 Pfg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 25 Pfg., auswärtige Anzeigen 45 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 284.

Dienstag, den 4. Dezember 1917.

24. Jahrg.

Waffenstillstand an der Ostfront.

Als einer der bedeutendsten Tage in der Geschichte dieses blutigen aller Kriege muß der 2. Dezember 1917 bezeichnet werden. Brachte er uns auch noch nicht den Frieden, so brachte er uns doch einen verheißungsvollen, bedeutenden Schritt näher auf dem Wege zum Frieden. Am 2. Dezember haben sich die russischen Unterhändler an der deutschen Front einige Stunden mit den deutschen und österreichisch-ungarischen Unterhändlern gemeinsam über den Abschluß eines Waffenstillstandes zu beraten. Am gleichen Tage aber sind bereits auf Grund früherer Abmachungen an einem großen Teile der Ostfront alle Feindseligkeiten eingestellt worden. Das sind bedeutungsvolle Ereignisse, die selbst die Herzer aller derjenigen Friedensfreunde höher schlagen lassen, die sich trotz der Gefahr des Scheiterns nur durch die Hoffnung auf einen baldigen Frieden im Laufe des Krieges zu ausgesprochenen Besessenen in der Friedensfrage entwickelt hatten.

Nun ist ja selbstverständlich, daß Waffenstillstandsverhandlungen noch nicht den Frieden bedeuten. Aber sie sind der erste Schritt zu diesem Ziele und selbst unter Berücksichtigung des Umstandes, daß sich die Westmächte weigern, an diesen Verhandlungen teilzunehmen, als ein solcher zu werten. Und nach diesem ersten Schritt sieht sich die leidende Menschheit jetzt Jahren. Möchten ihm bald weitere folgen, damit der vierte Kriegesweihnachten begangen werden kann mit der sicheren Aussicht auf einen Frieden auf Erden!

Die Waffenstillstandsverhandlungen werden außer in den Heeresberichten in folgenden amtlichen Meldungen wiedergegeben:

WTB. Berlin, 3. Dezember. (Amtlich.)

Am 28. November hatte der Volkskommissar für Kriegs- und Marineangelegenheiten und der Höchstkommandierende der russischen Armeen Herr Krasnow durch Parlamentäre anfragen lassen, ob der deutsche Oberbefehlshaber zu sofortigen Waffenstillstandsverhandlungen bereit sei. Noch am gleichen Tage antwortete der Oberbefehlshaber Oit, Prinz Leopold von Bayern, daß er bereit und bevollmächtigt sei, mit der russischen Obersten Heeresleitung über einen Waffenstillstand zu verhandeln. Es wurde sodann mit den Parlamentären Ort und Zeit vereinbart, wo sich eine mit Bevollmächtigten versehen russische Kommission mit einer entsprechend beschleunigten russischen Kommission der Gegenpartei treffen sollte. Die russische Kommission hat sich am 2. Dezember nachmittags 4 Uhr 30 an der verabredeten Stelle eingefunden, um sich unverzüglich zu dem für die Verhandlungen in Aussicht genommenen Ort zu begeben. Dort ist sie am 3. Dezember mittags zu erwarten.

WTB. Wien, 3. Dezember.

Aus dem Kriegspresquartier wird von mittags mitgeteilt: Bei den im Bereich der Heeresfront des Feldmarschalls, Prinzen Leopold von Bayern, heute beginnenden Waffenstillstandsverhandlungen ist die österreichisch-ungarische Heeresleitung durch besondere bevollmächtigte höhere Generalstabsoffiziere vertreten. Die russische Abordnung, die gestern 4.30 Uhr nachmittags an unserer Linien empfangen wurde, ist noch am Abend nach dem Verhandlungsort weitergereist.

WTB. Berlin, 3. Dezember. (Amtlich.)

Am 1. Dezember 1917 ist mit einer russischen Armee Waffenstillstand für die Front vom Südufer des Pripyet nach Süden bis südlich der Lipa vereinbart worden. Mit dem 2. Dezember 1917 10 Uhr abends wurden in diesem Abschnitt alle Feindseligkeiten eingestellt.

Es sind Abmachungen getroffen worden, die sich auf Verkehr zwischen den beiderseitigen Linien, Truppenverschiebungen, Stellungsarbeiten und Fliegeraktivitäten beziehen.

Für die Kündigung der Waffenruhe ist ein Zeitraum von mindestens 48 Stunden festgesetzt, vor dessen Ablauf die Feindseligkeiten nicht begonnen werden dürfen.

Auch Bulgarien hat bereits der russische Friedensvorschlag erreicht. Von dem Hamburger bulgarischen Generalkonsulat wird den Blättern folgendes Telegramm aus Sofia, 2. Dezember, zur Verfügung gestellt:

In der heutigen Sitzung der Abgeordnetenkammer hat Ministerpräsident Radoslawow die folgende Erklärung abgegeben:

„Ehe wir uns vor einigen Wochen trennten, habe ich Ihnen im Namen der Regierung erklärt, daß die Regierung jeder Zeit bereit ist, mit allen denjenigen über den Frieden zu verhandeln, die uns einen dahingehenden Vorschlag machen werden. Diese Erklärung ist sowohl in der Note vom Dezember 1916 enthalten, wie auch in der Antwort, die die bulgarische Regierung dem Papst und Herrn Wilson gegeben hat. Ich kann Ihnen jetzt mitteilen, daß wir und unsere Verbündeten einen Vorschlag erhalten haben über einen Waffenstillstand und den Frieden zu verhandeln. Dieser Vorschlag ist uns vom Präsidenten der russischen republikanischen Regierung, Lenin, und dem nationalen Kommissar für auswärtige Angelegenheiten, Trotsky, zugegangen. Ich glaube, indem ich mich auf meine Erkundigungen stütze, daß binnen kurzem die Delegierten der russischen Regierung ernannt werden, die alsdann mit den bulgarischen Delegierten und denjenigen unserer Verbündeten über den Frieden zu verhandeln beginnen werden.“

Bulgarien nimmt den Vorschlag an, es hat das Ziel erreicht, für das es in den Krieg eingetreten ist, nämlich: die nationale Einigung und die historischen und ethnographischen Grenzen, die Mazedonien mit der Provinz der Morava und die Dobrudzha umfassen. Dies ist der fundamentale Punkt, auf dessen Basis die Besprechungen für den Separatfrieden oder den Gesamtfrieden geführt werden.“

(gez.) Generalsekretär J. I. I. I. I.

Nach der Erklärung des Ministerpräsidenten in der Sozialisierung über den Friedensvorschlag ergriß der Führer der reformatorischen Sozialisten, Wenko Saksijow, das Wort, um auf der Notwendigkeit zu bestehen, sich die Gelegenheit eines Verständigungsfriedens nicht entgehen zu lassen, ohne jedoch die Interessen der bulgarischen Nation zu opfern. Der von den großen imperialistischen Mächten angenommene Grundgedanke eines demokratischen Friedens dränge sich auch auf dem Balkan auf, wo er das einzige Mittel für eine dauerhafte Ordnung darstelle, die keine Beeinträchtigung der nationalen Einheit bringen dürfe. Der Führer der doktrinären Sozialisten, Blaaw, sprach den Wunsch aus, daß der Vorschlag der russischen Regierung sich an die Völker richte, diese durch die Parlaamente vertreten werden. Der unabhängige Sozialist Haralawo verlangte, daß Vertreter der Sozialisierung der Regierung beigeordnet wären, um geheime Abmachungen zu verhindern. Der Ministerpräsident erwiderte, das würde eine ganz unnötige Rechtfertigung sein, da die Regierung nicht daran denke, dem Parlament und der Nation irgend etwas zu verheimlichen.

Als auch Bulgarien nimmt den russischen Friedensvorschlag an und will demnächst ebenfalls an den Verhandlungen teilnehmen. Ueber die Türkei liegen bisher Meldungen noch nicht vor.

Die weitere Frage ist nun, was Rumänien tun wird. Wenn auch die noch herrschenden Kreise Rumäniens andere noch weiter kämpfen lassen möchten so dürften die Ereignisse in Russland doch ihre Nachwirkungen auch auf Rumänien nicht verfehlen. Hierzu kommt noch, daß der Arbeiter- und Soldatenrat Rumäniens die rumänische Armee zum sofortigen Waffenstillstand auffordert. Die „Morning Post“ meldet: Der Arbeiter- und Soldatenrat erließ durch Aufruf einen Aufruf an die verbündete rumänische Armee, der zum sofortigen Waffenstillstand auffordert.

Um diesem Aufruf Nachdruck zu verleihen hat nach einer Meldung der „Daily Mail“ aus Petersburg die marxistische Arbeiter- und Soldatenrat der Lebensmitteltransporte an die rumänische Armee verübt.

Zum Schluß sei noch eine Meldung wiedergegeben, die zeigt, daß man auch in Amerika einseht, daß es wünschenswert ist, sich den Verhältnissen in Russland anzupassen.

Die russische Funkstation Jaroslaw Selo gab am 2. Dezember, nachmittags, folgenden Funkspruch: An alle! Gestern, den 1. Dezember, behauptete Johnson, Chef der amerikanischen Mission, den Kameraden Trotsky im Smolny-Institut. Der General erklärte, er könne augenblicklich noch nicht im Namen der amerikanischen Regierung sprechen, die die Macht des Rates noch nicht anerkannt hat. Er sei jedoch erschienen, um die Verbindungen anzuknüpfen, die die Lage zu klären habe und Verbindungen aus dem Wege zu schaffen. General Johnson erkundigte sich, ob die neue Regierung bestrebt sei, den Frieden gemeinsam mit ihren Verbündeten zu liquidieren. Der General meinte, die Verbündeten würden am 2. Dezember an den Verhandlungen kaum teilnehmen können. Kamerad Trotsky gab dem Ge-

neral in kurzen Worten Aufklärung über die Politik des Reiches im Kampfe für den allgemeinen Frieden. Auf einen Umstand legte der Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten besonderes Gewicht, nämlich auf die öffentliche Behandlung aller bevorstehenden Verhandlungen. Die Verbündeten könnten jede Phase der Entwicklung der Friedensverhandlungen verfolgen und demzufolge auch in einem späteren Stadium sich jederzeit den Verhandlungen anschließen. General Johnson fragte, ob er diese Antwort seiner Regierung übermitteln dürfe und erklärte zum Schluß: Die Zeit der Proteste und Drohungen gegen die Macht des Rates ist vorbei, falls diese überhaupt bestanden hat. Weiterhin fragte der General, ob der Volkskommissar auf eine Erklärung über die vorgefallenen Zwischenfälle (Protesterklärungen von Angehörigen der amerikanischen Militärkommission) bestche. Kamerad Trotsky erklärte, die Formalitäten der Angelegenheiten seien belanglos und durch die Erklärungen des Generals, „die Zeit der Drohungen und Proteste gegen die Macht des Rates ist vorbei“, erledigt.

Der Sozialismus ist der Friede!

Als der Krieg begann, wurde der Ruf laut: Nieder mit dem Zarismus!

Der Ruf nach dem Frieden kommt aus Jaroslaw Selo, wo Nikolaus II. residierte. Er kommt von den Männern, die Nikolaus II. mit Todesurteilen, mit Zwangsarbeit und mit administrativen Verfolgungen zu vernichten suchte. Der Zarismus bedeutete den Krieg, er bedrohte Europa und Asien ununterbrochen mit den imperialistischen Plänen einer das Interesse des russischen Volkes von den inneren Fragen auf die äußeren Fragen richtenden Regierung.

Die Totengräber des Zarismus wollen den Frieden der Welt bringen. Wie Napoleon III., so hat auch Zar Nikolaus II. als Friedensfürst erscheinen wollen. Wie Napoleon III. das Wort geprägt hat „l'empire c'est la paix“ (das Kaiserreich ist der Friede), so hat Nikolaus II. den Schein erweckt, als ob er den Weltfrieden annehmen wolle. Aber Nikolaus II. hat mit fürchterlichsten Kriegen seine Friedensbotschaft Lügen gestraft: Der russisch-japanische Krieg wurde von ihm vom Zaune gebrochen und an dem Werden dieses Weltkrieges ist Russland zum mindesten nicht unbeteiligt.

Viel Versuche, zum Frieden zu gelangen, sind in den harten Kriegsjahren, die wir durchlebt haben, gemacht worden; keines von der Bedeutung wie das unmittelbare gemachte Friedensangebot der Genossen Lenin und Trotsky an die deutsche Reichsregierung. Unmittelbar ohne jedes Zwischenglied und in einer die Öffentlichkeit sofort unterrichtenden Weise wurde der Anstoß zu Friedensverhandlungen gegeben. Sie sind bereits begonnen worden.

Graf Hertling hat in vollster Öffentlichkeit im Reichstage erklärt, daß er bereit sei, mit der Regierung der Bolschewiki zu verhandeln. Damit ist die Regierung anerkannt und damit ist der ganzen Welt klargemacht, daß die Bolschewiki eine Macht zum Ausdruck bringen, die den kriegführenden Staaten ausreichende Sicherung gewährt, daß das, was in den Friedensverhandlungen festgelegt wird, auch tatsächlich innerhalb Russlands durchgesetzt werden kann. Das ist ein gewaltiger Triumph der russischen Regierung, die die schärfste Spielart des europäischen Sozialismus zum Ausdruck bringt. Es verdient alle Anerkennung für die von Graf Hertling repräsentierte deutsche Reichsregierung, daß sie alle naheliegenden Erwägungen hinterläßt hat der Absicht, zum Frieden zu gelangen. Ist es der deutschen Reichsregierung — woran nicht zu zweifeln ist — ernst mit diesem Willen, und ist sie bereit, den Friedensbestrebungen der russischen Regierung keine Schwierigkeiten entgegenzusetzen, dann wird das Friedensangebot von praktischer Bedeutung werden.

Ein Friedensschluß zwischen Russland und den Zentralmächten würde die revolutionäre Regierung in Russland stärken, würde den Friedenswillen Deutschlands erweisen und das Friedensstreben in Frankreich und England stärken.

Daß der Friede auch mit den anderen kriegführenden Mächten bald herbeigeführt wird, wollen wir nicht behaupten. Jedenfalls kann ein Friede zwischen den Zentralmächten der Herbeiführung des Weltfriedens dienen, er kann den Willen der anderen zum Krieg nicht fördern.

Daß ein Friede, den Deutschland mit der aus den Stürmen der Revolution erwachsenen Regierung schließt, auf die inneren deutschen Verhältnisse, auf die Bedeutung der Sozialdemokratie, auf die Differenzen innerhalb der Sozialdemokratie wirken muß, ist selbstverständlich.

Unabsehbare Wirkungen für Russland wird ein derartiger Friedensschluss haben. Er wird nicht ohne Gefahren für Russland sein, wenn Japan gegen Russland losgelassen werden sollte. Aber diese Erwägungen sind jedenfalls den Machthabern in Russland nicht fremd. Sie werden sich ihrer ganzen Verantwortlichkeit bewusst gewesen sein, als sie drahtlos der deutschen Regierung ihr Angebot machten, in Friedensverhandlungen einzutreten.

Hinter Lenin und Trotzky steht, wie wohl anzunehmen ist, die große Masse der russischen Arbeiter. Die Sehnsucht nach dem Frieden wird die letzten russischen Arbeiter und Bauern, die das Ende des Krieges herbeiwünschen, auf die Seite der Bolschewiki-Regierung bringen.

Das Friedensangebot, die Erfüllung eines sozialdemokratischen Wunsches, erwachsen aus der Macht des Sozialismus in Russland. Iteigert, wenn nicht alles täuscht, die Macht der Sozialdemokratie in Russland.

Die Gegenrevolution, die von den Kojaken gestützt wird, wird durch das Friedensangebot geschwächt werden, vielleicht ist der volle Sieg der russischen Revolution erst gegeben durch die Verwirklichung der großen Sehnsucht aller russischen Völker, zum Frieden zu gelangen.

Der Jarrismus bedeutet für das russische Volk Krieg und Unterdrückung, Korruption und Niedertracht, Unbildung und Willkür. Der russische Sozialismus will den Völkern des größten Teiles von Europa den Frieden bringen. Er kann nicht streben nach einer imperialistischen Politik. Seine Ziele kann der russische Sozialismus nur im Frieden und durch den Frieden erreichen. Die gewaltigen wirtschaftlichen Kräfte in Russland können nur gehoben werden durch eine folgerichtige Friedenspolitik. Der starke Bildungsbüchse des russischen Volkes wird Befriedigung finden in den langen Jahren des Friedens, die die Sozialdemokratie dem russischen Volke sichern will.

Ist der Friede durch die Regierung der Bolschewiki geschaffen, so werden sich alle russischen sozialdemokratischen Parteien leicht zu einer geschlossenen Einheit verschmelzen können.

Alle Ehre den Bolschewiki, daß sie den Weg zum Frieden gebahnt haben!

Möge Graf Hertling nach gleicher Ehre streben, den Frieden dem deutschen Volke zu bringen!

Die Kriegslage.

Dem in der Nacht vom 1. zum 2. Dezember bei Passchendaele gemeldeten schweren Artillerieerfolg in den frühen Morgenstunden des 2. Dezember wurde englische Anarchie, die nach einem aufgefundenen Befehl als Ziel die etwa 600 Meter hinter unserer vordersten Linie liegende Geländewelle hatten. Der englische Angriff brach an der zähen Widerstandskraft kuirnaischer und heiliger Truppen zusammen, die in schneidigen Gegenstößen dem Engländer vorübergehende Anfangserfolge teillos wieder abtrugen. Unser sehr starken blutigen Verlusten blühte der Feind noch über 60 Gefangene ein. Nachmittags nahm auf dem Schlachtfeld um Vastendaele das Feuer wiederum eine größere Stärke an, ohne daß Infanterieangriffe erfolgten.

Wie in Flandern, scheiterten auch auf dem Schlachtfeld von Cambrai feindliche Angriffe, die nach härtester Feuerbereitung gegen die Linie Sacken-Bourlon angelegt waren. Desgleichen brach ein harter englischer Angriff bei Bacquerie knifflig im Gegenstoß zusammen. Der geworfene Feind erlitt in unserer Verfolgungsfeuer weitere schwere Verluste. Unser den gemeldeten 6000 Gefangenen und 100 Geschützen verloren die Engländer seit dem 30. November noch über 100 Maschinengewehre. Bei der Wiedereinnahme von Mesmeries wurden vier Offiziere und 245 Mann eingebracht. Unter den Offizieren befindet sich auch ein Regimentskommandeur. Bei dem Gegenstoß in der Gegend von La Bacquerie, wo dem Gegner neun Geschütze und 18 Maschinengewehre abgenommen wurden, griffen unsere Sturmtruppen wiederholt aus niedrigen Höhen in den Erdbkampf ein.

In verschiedenen Stellen der französischen Westfront brachten unsere Vorkämpfer aus erfolgreichen Unternehmungen zahlreiche Gefangene zurück. Im Thanner Wald und im Sundgau hält nach wie vor die lebhafteste feindliche Feuerartigkeit an.

Die Heeresberichte.

WIS. Großes Hauptquartier, 3. Dezbr. (Umlauf.)

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

Nach heftigem Zomettsener bei mondloser Nacht griff der Engländer gestern früh mit starken Kräften unsere Stellungen bei und nördlich von Passchendaele an. Thuringische und heilige Truppen warfen den Feind in schneidigen Gegenstoß zurück und machten 60 Gefangene. Nach Abwehr der Angriffe plante das Feuer ab; es nahm am Abend vorübergehend wieder erhebliche Stärke an.

Auf dem Kampffeld bei Cambrai war tagsüber nur in wenigen Abschnitten die Feuerartigkeit lebhaft. Am Abend griff der Feind nach harter Feuerbegeisterung zwischen Tuchs und Bourlon an. In Nachmittags wurde er abgewiesen. Ein englischer Zeilangriff bei La Bacquerie scheiterte. Im Gegenstoß wurden neun Geschütze und 18 Maschinengewehre erbeutet.

Die Zahl der seit dem 29. 11 gemachten Gefangenen hat sich auf 6600, die Zahl der Geschütze auf 160 erhöht.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz

In den Argonnen wurden in erfolgreichen Unternehmungen Gefangene eingebracht.

Front des Generalfeldmarschalls Herzog Albrecht von Württemberg

Die lebhafteste feindliche Tätigkeit im Thanner-Wald und im Sundgau hält an.

In den letzten drei Tagen verloren unsere Gegner im Luftkampf und durch Abstoß von der Erde 27 Flugzeuge und zwei Beobachtungs- u. Beobachter. Deutscher Wälder erbeutet 25, Deutscher von Silesen 27, und 28, Deutscher von Silesen 25, und 26, Deutscher.

In zahlreichen Abschnitten der russischen Front ist von Division zu Division heftige Kämpfe verzeichnet worden. Mit einer russischen Armee im Gebiet von Pripiet bis südlich der Dina sind mit mehreren russischen Generalkommandos wurde Waffenstillstand abgeschlossen. Weitere Verhandlungen sind im Gange. Eine russische Abordnung ist in dem Befehlshaber des Generalfeldmarschalls Prinz Genowid von Bayern zur Herbeiführung eines allgemeinen Waffenstillstandes eingetroffen.

Deutscher Kriegshauptquartier

Keine größeren Kampfhandlungen.

Italienische Front

Nichts Neues.

WIS. Berlin, 2. Dezember. (Umlauf.)

Schwerlich vor Cambrai feindliche erfolgreiche Kämpfe.

Bei den anderen Fronten nichts Neues.

In den letzten Tagen wurde an vielen Abschnitten der russischen Front von Division zu Division vereinbart. Im Pripiet-Gebiet hat eine russische Armee mit dem gegenüberstehenden Kommando der Verbündeten einen formellen Waffenstillstand abgeschlossen.

Eine russische Abordnung durchschritt gestern unsere Linie, um mit den Bevollmächtigten der verbündeten Heere einen Waffenstillstand an der ganzen russischen Front anzubahnen. Auf dem italienischen Kriegshauptquartier und Albanien nichts Neues.

Russland.

Die russische Konstituante

tritt noch im Laufe des Dezember zusammen. Der erste Beratungsgegenstand ist die Zustimmung zu dem Friedensantrag der revolutionären Regierung. Die bisherigen Wahlergebnisse sichern eine Zweidrittel-Mehrheit für den sofortigen Friedensschluss.

Die Soldaten für den annektionlosen Frieden.

Der russische Arbeiter des „Berliner Bund“ meldet: 8 kmliche zwölf an der 1600 Kilometer langen Front stehenden Armeen haben sich mit der Formel „Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen“ einverstanden erklärt. Ebenso die Kaukasus-Front. Laut „Ruskoje Slowo“ sind 90 Prozent der Soldaten bei den Wahlen für die Sozialisten.

Entlassung von Matrosen.

Die „Agence Havas“ meldet aus Petersburg: Der Kommissar der Marine verfügte die Demobilisierung der Matrosen des Jahrgangs 1905. Ihre Entlassung soll bis zum 14. Dezember erfolgen.

Der aufgelöste Petersburger Gemeinderat.

Die „Agence Havas“ meldet aus Petersburg: Der Gemeinderat nahm eine Entschließung an, in der er mit Entschiedenheit dagegen protestiert, daß trotz des Zusammentritts der Konstituante ein Sonderparlament für Russland einen schimpflichen Frieden herbeiführt und das Land auf den Stand einer europäischen Kolonie herabsetzt. Der Gemeinderat wurde daraufhin von der maximalistischen Regierung aufgelöst. weil sein Entschluß nicht dem Sinne der Volksmehrheit entspreche. Der sozialrevolutionäre Bürgermeister von Petersburg, Schröder, und 5 Gemeinderäte wurden verhaftet.

England.

Englische Rationierung.

Sir Arthur Japp, der Leiter des englischen Kriegsernährungsamtes hat, wie der „Manchester Guardian“ vom 13. November berichtet, folgende Rationierung festgesetzt:

Wochenration pro Kopf und Woche:

Brot:	Sägewarbeiter (männliche)	8 Pfund
	Gewöhnliche Arbeiter	7 "
	Kopfarbeiter	4 "
	Schwerarbeiter (weibliche)	5 "
	Gewöhnliche Arbeiterinnen	4 "
Fleisch:	mit Knochen	2 "
Fette:	Butter, Margarine, Del	10 Unzen
Zucker		8 "

Ein englisches Pfund enthält 453 Gramm oder 12 Unzen. Die Rationierung ist vorläufig freiwillig. Sollte sich die Freiwilligkeit nicht bewähren, so würde die Rationierung zwangsweise durchgeführt werden.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Der große Kriegsrat der Alliierten.

Die Pariser Konferenz wird von der französischen Presse eingehend besprochen. Die Verhandlungen der Konferenz erstrecken sich, so viel die Presse weiß auf das russische Problem und die etwaige Note bezw. Proklamations der Entente an das russische Volk. — Die Wälder warnen vor dem Abbruch der Beziehungen mit dem russischen Volk, das von den Maximilianen nur verführt sei. — „Radical“ fragt, was die Entente machen wollen, um die 40 Milliarden, die sie Russland gestehen haben, bezw. die Zinszahlung für diese Milliarden, zu sichern. — „Deux“ verlangt, daß man mit allen Mitteln militärischer, diplomatischer und wirtschaftlicher Art gegen die Zustände in Russland vorgehe.

Neuer Bericht: In einer Unterredung mit einem Vertreter des „Petit Parisien“ wies Lloyd George auf den Ernst der gegenwärtigen Lage hin. Wir haben sagte der Premierminister, Mexiko, Mexiko, wirtschaftliche und finanzielle Schwierigkeiten und das Gefühl, daß wir für das Recht kämpfen. Wir müssen jetzt jeden Nerv anspannen, um eine Einheit in der Leitung herzustellen und den Tatsachen Rechnung zu tragen. Wenn wir keine Zeit verlieren und entschlossen sind, den Krieg zu gewinnen, wird es uns gelingen. Wir müssen Geduld, Ausdauer und Standhaftigkeit haben, dann werden wir siegen.

Der „Stampa“ zufolge versicherte Oberst Howe erneut, die Vereinigten Staaten seien bereit, die Sache der Entente unter folgenden Bedingungen erweiterten Beistand zu gewähren: 1) daß Maßregeln getroffen werden, um den bisherigen Mangel an Einheitlichkeit in den Aktionen der Entente vorzubeugen; 2) wenn die Vereinigten Staaten Garantien erhalten bezüglich der Annahme des Gesichtspunktes der Regierung von Washington über die Führung des Krieges. Japan wird gleichfalls auf der Konferenz die Frage der Einheitsfront und des militärischen obersten Kommandos aufwerfen. Im Kriegsrat sind nach der „Stampa“ vertreten: Frankreich durch Clemenceau, Wilson und General Pau, England durch Lloyd George, Dalpou und Robertson, Italien durch Orlando, Sonnino und Cadorna, die Vereinigten Staaten durch General Bliss.

„Friede.“

In einem Leitartikel unter der Überschrift: „Friede“ behauptet Kopenhagener „Sozialdemokraten“ die neuen sozialistischen Friedensbewegungen der letzten Tage, insbesondere die neue Einstellung zu einer sozialistischen Friedenskonferenz. Stauning hat auf eine Anfrage erklärt, er hoffe, daß alle Parteien der verschiedenen Länder, Neherheiten wie Niederherheiten, an der Konferenz teilnehmen werden. Auch „Sozialdemokraten“ hielten es für sehr wünschenswert, wenn das Organisationskomitee der Stockholmer Konferenz, Zimmermann in seine Reihen aufnehmen. Die Aufsätze des Tages zeigten, daß die russische Regierung die Friedens-

bewegung am liebsten aufnehmen wolle, das habe auch seinerzeit Kerenski versprochen, doch sei es damit nie recht ernst geworden. Das Blatt begrüßt die neue russische Regierung zu ihrem festen Friedenswillen und schließt mit der Erklärung, daß trotz aller bestehenden tatsächlichen Verschiedenheiten zwischen der Bolschewiki und der baltischen Sozialdemokratie es alle ehrliche Friedensarbeit unterstützen wolle, von wem immer sie ausgehe.

Die Nordstaaten bleiben neutral.

In der Konferenz der Könige von Schweden, Norwegen und Dänemark und der sie begleitenden Minister wurde Einigkeit über folgende Fragen festgestellt:

Auf Grund des Zusammengehörigkeitsgefühls der drei Länder sind die Regierungen darin einig zu erklären: Wie langwierig der Weltkrieg auch werden möge, so soll das freundschaftliche und vertrauensvolle Verhältnis zwischen den drei Reichen gleichwohl aufrechterhalten bleiben. Uebereinstimmend mit den früher abgegebenen Erklärungen und mit der bisher geführten Politik, ist es die bestimmte Absicht der drei Reiche und eines jeden für sich, ihre Neutralität allen kriegführenden Mächten gegenüber bis zum äußersten aufrechtzuerhalten.

Gegen belgischen Annektionismus.

Bandenwilde gründet in Havre mit Brouderer und Dewinne ein Tagesblatt. Die Absicht ist, dem flirakalen annektionistischen „Siecle“, dem einzigen an der Front der Belgier zugelassenen Blatte, ein Gegenwärtig zu bieten.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Auswahlung des Reichstages.

Der frühere Staatssekretär Helfferich hat seinerzeit die Zusage gegeben, daß angelehnt der großen politischen und wirtschaftlichen Bedeutung der Liquidation des feindlichen Eigentums in Elsaß-Lothringen bei Erledigung der Annexionen weder der Reichstag noch der elsass-lothringische Landtag übergangen werden wird. Der elsässische Abg. Haub macht nun in einer im Reichstag eingebrachten Anfrage die aufsehenerregende Mitteilung, daß nach Blättern entstammenden Presseberichten schon über das weitest aus wichtigste Liquidationsobjekt, die Hütten- und Bergwerke der Wendel eine Entscheidung erfolgt ist, und zwar zu Gunsten des Stahlwerksverbandes, wobei sogar auch im Reichsauslande gelegene Hütten einen Anteil an den lothringischen Erzen erhalten sollen. Die Frage des Abg. Haub geht nun dahin, ob der Reichsanwalt bereit ist, die von seinem Stellvertreter gegebene Zusage anzuerkennen und ob er es für anständig hält, daß die de Wendelschen Erze, also fast die einzige in Deutschland noch vorhandene Erzgewinnung ganz oder teilweise einer privaten Interessentengruppe, wie es der Stahlwerksverband ist, zur Ausbeutung überlassen wird, ohne daß ein maßgebender Staatseinfluß auf die Bewertung dieser Naturkräfte dauernd gesichert ist.

Der Petitionsturm der Eroberungspolitik.

Der Reichstag wird gegenwärtig mit Petitionen geradezu überschwemmt, die sämtlich einen deutschen Frieden wollen im Sinne des Unabhängigen Ausschusses. Unter den Petitionären sind allerdings Leute aus allen Kreisen, so u. a. ein Landkurmännchen Hannig aus Zehlendorf, eine Frau Josefina Müll in Rattowitz D.-S., die unter keinen Umständen einen Frieden ohne Annexionen will; dann ein Herr Karl Seide in Dzialon, der den dringenden Wunsch hat, daß dem Treiben der linksstehenden Parteien nach parlamentarischer Macht endlich Einhalt geboten wird; ein Kaufmann Julius Müller in Hamburg hat das Verlangen, daß die okkupierten Gebiete im Westen der österreichisch-ungarischen Monarchie einverleibt werden; ein Maler Zischors in Berlin wünscht, daß von weiteren Friedensentscheidungen abgesehen wird, damit nicht die Kampfkraft unserer Feinde eine weitere Verstärkung erfährt, während ein Herr Richard Dost in Salsensee einen Weg zum Frieden darin erblickt, wenn dem Erfinder Hanswindt die Wege geehrt werden. Der Warrer Eidenberg in Ostfriesen erhebt scharfen Einspruch gegen die Kriegszieleinschließung des Reichstages, und der Kreisheimatpfleger Degeler in Salzwehel hält sich für berufen, die Einmündung des Präsidenten Wilson in innerdeutsche Verhältnisse mit allem Nachdruck zurückzuweisen. — Das Verzeichnis dieser Petitionen füllt schon jetzt einige Tausende. Die Tatsache, daß den Abgeordneten und den Vaterlandspartikeln eine solche Menge Papier für diese Zwecke zur Verfügung steht, befindet sich eigentlich im schärfsten Kontrast zu der sich immer mehr bemerkbar machenden Papiernot.

Eine Richtigeinstellung zur Hertlingrede.

Reichsanwalt Graf Hertling hatte in seiner Einführungsrede bei Betrachtungen des Friedenswillens der westlichen Ententestaaten gesagt, daß der italienische Außenminister Sonnino den Gedanken der Abrüstung abgelehnt hätte, weil man das Heer schon zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern brauche. Diese Darstellung ist indessen nicht ganz genau. Tatsächlich erklärte Sonnino in der Kammerkunft vom 25. Oktober, es werde schwierig sein, einen praktischen Weg zur Abrüstung und zur Anerkennung des Schiedsgerichts zu finden, um die moralische Kraft des Rechtes an Stelle der materiellen Gewalt zu setzen. Der Papst habe die allgemeine Aufhebung der obligatorischen Dienstpflicht vorgeschlagen. Aber ein ausschließlich freiwilliger Dienst in denjenigen Staaten, deren Verteidigung in der Hauptlage Landheeren anvertraut sei, bedeute die Bildung von Soldatentruppen und diese hätten ihre Gefahren in bezug auf die inneren Verhältnisse.

Man kann diese Rede natürlich so deuten, daß Sonnino die Aufrechterhaltung der Dienstpflicht mit Rücksicht auf die nationale Ordnung im Innern fordere, aber ganz gerecht wird man mit dieser Auslegung seinem Gedankengange wohl kaum.

Das preussische Abgeordnetenhaus

hat am Sonnabend die Ernährungsdebatte beendet und, wie vorauszusehen war, die Anträge der verstärkten Staatshaushaltskommission im wesentlichen angenommen. Alle Abänderungsanträge, darunter auch der wichtige sozialdemokratische Antrag auf Erhöhung der Kartoffelration, wurden abgelehnt. Die Debatte bewegte sich in den üblichen Gleisen. Zu erwähnen ist höchstens, daß der Abg. Söfer (U. S.) einen großen Teil seiner Rede selbst bei dieser Gelegenheit mit heftigen Angriffen gegen die sozialdemokratische Mehrheit ausfüllte, der er vorwarf, daß sie für das Volk nur Worte, aber nicht Taten übrig habe. Eine Erwiderung wurde uns unmöglich gemacht. — Montag und Dienstag fallen die Sitzungen aus. Mittwoch: Erste Lesung der Wahlrechtsvorlage.

Angst vor dem Frieden.

Die annexionistischen „Berliner Neuzeit“ sind neuerdings wieder bestrebt, die in Aussicht stehenden Friedensverhandlungen zu diskreditieren. Das Blatt behauptet nämlich:

„Wenn der Hauptausfluß des Reichstages nun den Erfahrungen des Grafen Hertling beigestimmt hat, so muß man annehmen, daß die Mitglieder des Ausschusses hinter verschlossenen Türen noch vertraulich darüber aufgeklärt worden sind, daß der Grundsatz: keine Annexionen und Entschädigungen, selbst Rußland gegenüber nur bedingt und unter jenen Umständen im Westen gegenüber zunächst nicht Geltung haben darf. Aber selbst wenn das den Tatsachen entspricht, was wir aus der Einmütigkeit der Zustimmung des Ausschusses schließen zu dürfen glauben, so ist uns doch nicht ganz wohl bei der Sache, wenn wir bedenken, daß neben dem Grafen Hertling der im Jahressommer des österreichischen Grafen Czernin legende Staatssekretär von Kühlmann Leiter unserer auswärtigen Politik ist und in der Schicksalsstunde unseres Volkes sein wird.“

Gegenüber diesem dreisten Versuch, die Mehrheit des Reichstages in Miskredit zu bringen, sei hier ausdrücklich festgestellt, daß im Hauptausfluß des Reichstages die Mehrheit unter allen Umständen daran festgehalten hat: einen Frieden ohne Annexionen, auch gegenüber Rußland. Zu ganz durchsichtigen Zwecken behauptet hier das annexionistische Blatt, daß man Rußland gegenüber die Taktik der Heuchelei eingeschlagen habe. Daß solche Bemerkungen nicht dazu dienen können, das Vertrauen Rußlands zu den Absichten der Reichsregierung zu stärken, liegt auf der Hand. Gerade das ist es aber, was die Annexionisten erreichen wollen; sie klammern sich immer noch krampfhaft an den Gedanken, daß oswaldsame Aniederungen fremder Völker und fremder Staaten an das Deutsche Reich erzielt werden müßten.

Eine wohlgezielte Kugel.

In einem Artikel des in Frankfurt a. M. erscheinenden „Deutschen Blattes“ heißt es:

Die Handlungsweise des geradezu an Größenwahn leidenden, leider in der Presse so blödsinnig oft erwähnten Scheidemann spitzt immer mehr als Hochverrat zu. Wir verlangen und mit uns unendlich viel deutsch führende Männer, daß dieser Schwächer, der gern von sich reden macht, endlich vor ein Kriegsgericht gestellt wird. Das Beste für diesen Herrn wäre eine wohlgezielte Kugel.

Weiter empfiehlt der Verfasser, das „blöde Gewäch“ des „gefährlichen Maulhelden“ einfach totzuschweigen und ähnliches.

Uns ist mitunter so, als hätte die rechtsstehende Presse vor dem Kriege über den angeblichen „Sauherdenton“ der Sozialdemokratie geklagt. Wir können uns aber nicht erinnern, daß etwas auch nur annähernd Mehrschliches gegen politische Geister jemals in einem sozialdemokratischen Blatte gestanden hätte.

Behördliche Tätigkeit für die Vaterlandspartei.

Dem „B. T.“ liegt eine neue Mitteilung über die Werbung von Mitgliedern der Vaterlandspartei vor. In der „Kulmer Zeitung“ vom 23. November findet sich folgende Anzeige:

An sämliche Herren Lehrer des Bezirks. Zur Teilnahme an der am Sonnabend, 24. d. M., nachmittags 4 Uhr im Kaiser-Wilhelm-Schützenhaus in Kulm stattfindenden Gründungsverammlung der Vaterlandspartei sind die Herren Lehrer an diesem Tage vom Unterrichtsbeurlaubt. Kulm, den 22. November 1917.

Der Kreisinspektor.

Selbstverständlich werden die „vom Unterrichtsbeurlaubten“ sämtlichen Lehrer des Kulmer Bezirks dem Wink des Herrn Kreisinspektors folgen und sich in die Liste der Vaterlandspartei eintragen lassen.

Für Frieden und Freiheit.

In Augsburg sprach am Sonnabend, 24. November im städtischen Ludwigsbau Reichstagsabg. von Stücken-Berlin vor 2000 Männern und Frauen aus allen Ständen über „Die Sozialdemokratie im Kampfe um Frieden und Freiheit.“ Die trefflichen Ausführungen des Redners fanden fürwahr den besten Erfolg. Gegner meldeten sich trotz Aufforderung nicht zum Wort. Die Versammlung nahm einstimmig eine Entschlossenheit an, in der dem Redner vorbehaltslos zugestimmt wird. Weiter erklärte sich die Versammlung für die Reichstagsresolution vom 19. Juli, protestierte gegen die Maßnahmen der Vaterlandspartei und forderte vollständige Parlamentarisierung und Demokratisierung.

Am Sonntag sprach Gen. Stücken in Immendorf und am Montag in Rempten über das gleiche Thema. Auch diese beiden Versammlungen wurden zu wirkungsvollen Kundgebungen für einen Verständigungsfrieden und zu Vertrauenserklärungen für die sozialdemokratische Partei.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Dienstag, 4. Dezember.

Die Bürgerchaft

hielt gestern ihre verfassungsmäßige Sitzung ab, in welcher das Präsidium neugewählt werden und ferner die halbjährliche Erneuerung des Bürgerausschusses erfolgen mußte. Von Rechts wegen hätten im November die Bürgerchaftswahlen stattfinden sollen, aber die Kriegsverhältnisse haben es mit sich gebracht, daß die Mandatsdauer der bisherigen Inhaber um weitere zwei Jahre verlängert wurde. Herr Dr. Götz widmete nach Eröffnung der Versammlung dem Stenographen der Bürgerchaft, Herrn Hennings, für seine fünfundsanzwanzigjährige Tätigkeit in diesem Amt anerkennende Worte, die allseitige Zustimmung fanden.

Die Wahlen des Wortführers der Bürgerchaft und seine beiden Stellvertreter verliefen nach dem Programm der Vorversammlung, in welcher die bürgerlichen Herren unter sich sind. Dem in der Bürgerchaft vom Genossen Stellung nachdrücklich betonten Verlangen, den Sozialdemokraten als den Kräfte der Mehrheit der Lübecker Bürger einen Sitz als Stellvertreter im Präsidium einzuräumen, wurde nicht entsprochen. So stark ist das Gerechtigkeitsgefühl der Erstklassigen noch nicht entwickelt. Auf Präses Dimpker als Wortführer entfielen bis auf zwei sämtliche Stimmen. In seiner Ansprache wies der neue Mann, der dies Amt schon mehrfach verwaltet hat, auch auf die kommende Verfassungsreform in Lübeck hin, durch welche die innere Ruhe gesichert werden solle. Bisher hat man weder noch nichts darüber er-

Der amtliche Kriegsbericht.

W.B. Großes Hauptquartier, 4. Dezbr. (Amtlich.)
Westlicher Kriegsschauplatz.
Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

An der flandrischen Front steigerte sich das Feuer von Mittag an zwischen Boelkapelle und Gheluvelt zu großer Heftigkeit. In mehreren Wellen griff englische Infanterie nördlich von Gheluvelt an. Durch Feuer und im Gegenstoß wurde sie abgewiesen.

In den nördlichen Abschnitten des Kampffeldes bei Cambrai war die Artillerietätigkeit zwischen Tyngh und Bourlon vorübergehend lebhaft. Kleinere Vorstoßkämpfe verliefen für uns erfolgreich.

In den südlichen Abschnitten dauerten tagsüber zwischen Marcoing und der von Veronne nach Cambrai führenden Straßen örtliche, sehr heftige Kämpfe an. Unermüdet im Draufgehen mit Handgranaten und Bajonett entrißen unsere Truppen dem Engländer jäh verteidigte Grabenslücke. Vergeblich versuchte der Feind, sie wieder zu nehmen. Badische Truppen erklimmten das Dorf La Bacquerie und behaupteten es gegen mehrfache englische Gegenangriffe. Wir machten mehr als 500 Gefangene.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

An der Westfront und zu beiden Seiten der Maas bei eger Erkundungstätigkeit zeitweilig auflebendes Feuer.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Die Waffenstillstandsverhandlungen für die russische Front haben begonnen.

Mazedonische Front.

Nichts Besonderes.

Italienische Front.

Bei guter Sicht war die Artillerietätigkeit in einzelnen Abschnitten lebhafter als an den Vortagen.

Der Erste Generalquartiermeister. Ludendorff.

fahren, was denn diese Reform eigentlich bringen wird. Wenn sie nicht die staatsbürgerliche Gleichberechtigung als Ziel hat, wird sie das nicht erreichen, was der Wortführer als ihren Zweck bezeichnete. Die Herren Dr. Vondra und Buchwald wurden zu Stellvertreter bestimmt. Auf Genossen Löwig als zweiten Stellvertreter entfielen nur 19 Stimmen.

Zu einer eingehenden Beratung gab die Senatsvorlage auf Errichtung eines öffentlichen Arbeitsnachweises Veranlassung. Man hat besonders in Kreisen der Handels- und Gewerbekammer der Schaffung dieser staatlichen Arbeitsvermittlungssstelle Schwierigkeiten gemacht und es mußten mancherlei Widerstände überwunden werden, bis die Vorlage in ihrer jetzigen Gestalt an die Bürgerschaft gelangte. Vor allen Dingen die Parität der Verwaltung war manchen Leuten ein Dorn im Auge, weil man den überwiegenden Einfluß der gewerkschaftlich und politisch geschulten Arbeiter in diesem Falle fürchtete. Genosse Löwig hob in seinen Ausführungen hervor, daß ihm der Senatsantrag nicht weit genug gehe, weil damit nur Stückwerk geschaffen würde. Er begrüßt die paritätische Zusammenfassung des Verwaltungsausschusses und verlangt mit guten Gründen die grundsätzliche Unentgeltlichkeit der Arbeitsvermittlung für Arbeitnehmer und Arbeitgeber, während der Senat von letzteren eine Gebühr erheben will. Als Redner im Bürgerausschuß gestandene seltene Motive der Arbeitgeber erwähnte, die Gebühren zahlen wollten, um einen größeren Einfluß auf die Verwaltung zu erlangen, suchte man bürgerlicherseits diese Unbequemlichkeiten dadurch aus dem Wege zu räumen, daß man sie als Mißverständnisse hinstellte oder bestritt. Auch Dr. Hartwig, der besonders die Verzögerung der Angelegenheit kritisierte, Heise und Genosse Hoff stellten logische Gesichtspunkte in den Vordergrund ihrer Darlegungen, während Herr Heintz die jetzigen Standpunkt der schon vorher erwähnten Interessentenkammern zum Ausdruck brachte. Mit der Parität haben diese sich abgefunden, jedoch sind sie gegen die prinzipielle Unentgeltlichkeit. Ein großer Stein des Anstoßes war ihnen die Bestimmung, daß ein Oberbeamter des Stadt- und Landamtes mit der Vertretung des Vorsitzenden des Verwaltungsausschusses betraut werden könne. Gegenwärtig leitet Herr Dr. Lind den öffentlichen Arbeitsnachweis; durch diesen Passus wäre es möglich gewesen, seine Erfahrungen dem Arbeitsnachweis auch in Zukunft nutzbar zu machen. Zwar bestritten die Herren, die mit der vorgesehenen Regelung der Stellvertretung des Vorsitzenden nicht einverstanden waren, daß persönliche Gründe ihre Haltung beeinflussten; sie bestritten aber auf solche Weise die Möglichkeit, dem bisherigen obersten Leiter des Arbeitsnachweises Gelegenheit zur weiteren Betätigung zu geben. Schließlich wurde bei sehr schwacher Befehung des Hauses die Unentgeltlichkeit und die Vertretungsklausel mit knapper Mehrheit abgelehnt und die Senatsvorlage darauf angenommen.

Dann gelangte der Antrag Stellung, der eine Befreiung der Bezüge der Kriegerfrauen, Kriegerwitwen und -Waisen zum Gegenstand hat, zur Verhandlung. Wie wenig Interesse dafür anscheinend bei manchen Bürgerchaftsmitgliedern bestand, zeigte die sehr geringe Zahl der im Saale Anwesenden. Mit reichem Material und in überzeugender Weise wies Stellung nach, wie dringend notwendig die von ihm geforderte Erhöhung der Unterstützung ist. Dem konnte sich auch die Bürgerschaft nicht entziehen, die einmütig den Antrag dem Bürgerausschuß überwies.

Kaubrieg. Die von der gegenwärtigen russischen Regierung veröffentlichten Weheimaiten lassen klar erkennen, daß die Regierungen der meisten feindlichen Mächte den fürchtbaren Krieg nur aus Ländergier führen. Sie hoffen, Städte aus den Körpern der Zentralmächte reißen zu können und als Beute heimzuführen. Die Völker der feindlichen Länder waren über die Pläne ihrer Regierungen ebensowenig unterrichtet, wie sie um ihre Billigung gefragt wurden. Wenn es so durchaus berechtigt ist, von einem Kaubrieg der anderen zu sprechen, nimmt es sich doch mindestens sehr seltsam aus, daß gerade altdeutsche Blätter darüber geteilt, die selbst für weitgehende Annexionen eintreten, natürlich auf Kosten der Ententeländer. Heute finden die „Lübeckischen Anzeigen“ scharfe Worte gegen den Kaubrieg. Ob sie gar nicht merken, wie sehr sie damit ihre eigene politische Haltung verurteilen?

Vom Wetter. Nachdem am Sonntag ein heftiger Sturm gewirrt hatte, ist in der Nacht zum Montag Schnee gefallen. Weitem fette ein leichter Frost ein, der noch anhält, und heute liegt Sonnenschein über der schönen schneigen Winterlandschaft.

Die Ortskrankenkasse in Lübeck hatte am 1. Dezember 1917: 31 756 Mitglieder, darunter 7 092 Mitglieder von Erbschaften, deren Rechte ruhen, gegen 30 946 im Jahre 1916. Auf Männer entfielen davon 16 549 (1916: 16 534), auf Frauen 15 207 (1916: 14 332). Erwerbsunfähig krank waren am letzten November: Männer: 494 (1916: 492) und Frauen: 535 (1916: 476). Ausweisung für Familienangehörige zur Inanspruchnahme ärztlicher Behandlung wurden im November 1917 (1916: 2129) erteilt. Sterbegeld wurde im November für Mitglieder in 39 Fällen, für Angehörige in 16 Fällen gezahlt. Uebertretungen erwerbsunfähiger Mitglieder gegen die jahrgangsmäßigen Verhaltungsvorschriften waren in 37 Fällen mit Strafe zu belegen.

Eine Nachschau der Messgeräte muß bis zum Jahreschluss erfolgen, soweit die Messgeräte nicht den Nachrichtentempel 16 oder 17 tragen. Das Messere ist aus der Bekanntmachung im Anzeigenteil unseres Blattes zu ersehen.

Was gefunden wurde. Im nach November d. J. sind beim Polizeiamt als gefunden eingeliefert bzw. angezeigt und bisher nicht wieder abgeholt worden: Verschiedene Portemonnaies mit Inhalt sowie einige lose Banknotenscheine, 2 goldene Ringe, Broschen, 1 Pelztragen, 1 Ueberzieher, 2 Paar Handschuhe, 1 Blochwagen, 1 Fahrradgestell, 1 Särm, 1 Perlenring, 1 Kopfschüler, 1 Damenhut, einige Doggen Kunstseide und 1 Eijernes Kreuz 1. Klasse.

Ständung. Wie uns der Ausschuss für Kriegshilfe, Abt. Kleingartenbau soeben mitteilt, ist der für die Kleingärten beschaffte Ständung eingetroffen, jedoch mit der Ausgabe derselben an der Falkenstraße fortgesetzt werden kann.

Stadttheater. Auf die Erstaufführung von „Jedermann“ von Hoffmannsthal, Musik von Einar Nilson, sei hiermit ganz besonders hingewiesen. Das Werk wird am Donnerstag, dem 6. Dezember, zum überhaupt ersten Male in Lübeck aufgeführt. Die Spielleitung hat Direktor Juchs inne, die Rolle des „Jedermann“ spielt Herr Steinhöfer, die übrigen Hauptrollen werden von den Damen: Kühne, Schütz, Brod, Trebe und den Herren Jung, Puendter, Wadding, Schweisguth, Baulig, Deutschländer dargestellt. — Den „Guten Menschen“ spielt Herr Landar, der seit dem 1. Dezember in den Vorstand des Stadttheaters eingetreten ist. Die neuen Dekorationen für „Jedermann“ kommen aus dem Atelier von Franz Gruber & Co., Hamburg, und sind in modernisierter Form nach dem Prinzip der alten Mysterien-Bühne angefertigt.

pb. Sand statt Kaffee. Ermittelt und festgenommen wurde ein mehrfach vorbestrafter Arbeiter aus Halle, der einer an der Untertrabe wohnhaften Gastwirtin einen namhaften Betrag abschwindelte, indem er derselben ein mit Sand gefülltes Paket, welches Kaffee enthalten sollte, verkaufte.

pb. Ein Fehler. Festgenommen wurde ein hier unangemeldet Kaufmann aus Eilen, der verschiedene Waren, wie Seife, Fleisch und Tee im Selbsthandel kaufte und verkaufte und sich beim Erwerb derselben der Hebelerei schuldig machte.

pb. Seiner Mitarbeiter bestohlen. Festgenommen wurde ein russischer Arbeiter, der einem Mitarbeiter eine Brieftasche mit Inhalt gestohlen hatte.

pb. Jugendliche Einbrecher. Ermittelt und festgenommen wurden zwei in der Sedanstraße wohnhafte und ein in der Glandorffstraße wohnhafter Schloßknecht, die aus einer in der Vorderstraße gelegenen Tischlerei mittels Einbruchs Tischschränken von nicht unerheblichem Werte gestohlen hatten.

pb. Eigentumsvergehen. In der Zeit vom 22. bis 28. v. Mts. wurde von einem Lagerplatz in der Rebenhofsstraße 7 Meter langer und 12 Zentimeter breiter Treibenraum gestohlen. — Einer in der Breiten Straße wohnhafte Ehefrau ist am 1. ds. Mts. in der Breiten Straße die Geldbörse gestohlen worden. In der Geldbörse befand sich ein Reiseschein für ein Paar Stiefel lautend auf den Namen Hoffmann.

pb. Wer ist der Eigentümer? An der Untertrabe wurden zwei Schulfächer angehalten, die zwei Flaschen Pfeffer-Wein und zwei und eine halbe Flasche Brandy bei sich führten, welche sie an der Untertrabe von einem Wagen gestohlen haben wollen. Der Eigentümer wird ersucht, sich an der Kanzleiwoche zu melden.

Estin. Kriegsgefangene. Ein Transport von circa 500 belgischen, französischen und englischen Kriegsgefangenen Offizieren kam gestern nach der heiligen Kaserne, um hier je nach der Dauer des Krieges kürzeren oder längeren Aufenthalt zu nehmen. Während die älteren dieser Offiziere, man sah ziemlich bejahre dabei, ihr Schicksal in heller Erregung trugen, zeigten die jüngeren meist ein gleichgültiges, ja heiteres Wesen. Voran marschierten 10 höhere Stabsoffiziere. Es soll noch ein weiterer Transport von circa 150 Offizieren eintreffen.

Boizenburg. Feuer auf der Werk. Auf bisher unauflärlar Weise entstand Montag früh auf der Elbwerit Boizenburg Feuer, das schnell um sich griff. Durch tatkräftiges Eingreifen der Direktion der Werk sowie der Boizenburger Feuerwehr konnte man jedoch in wenigen Stunden Herr des Feuers werden. Schmiede- und Zimmergebäude nebst Inventar brannten nieder. Die teilweise Zerstörung dürfte in einigen Tagen gehoben sein. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt.

Bremen. Die Bürgerschaft nahm Sonnabend die erste Beratung des von der niedergewählten Deputation vorgelegten Gesetzentwurfs vor, monach für die Wahl des Nachfolgers des verstorbenen Bürgermeisters Dr. Barthausen die Bestimmung, daß dem Senat nicht Dunkel und Neffe zugleich angehören dürfen, außer Kraft gesetzt werden soll. In der Erörterung blieben die Vertreter der Sozialdemokratie bei ihrem absehbenden Standpunkt und verlangten eine grundlegende Änderung der Verfassung. Von den Senatsmitgliedern wurde auf die Notwendigkeit hingewiesen, das bremische Wirtschafleben, das durch den Krieg so schwer getroffen sei, wieder herzustellen, dazu müsse der Mann, auf den man in dieser Hinsicht seine Hoffnung setze, durch Bestätigung einer verarbeiteten Bestimmung der Weg geebnet werden. Was die Verfassungsreform betrifft, so stellte Senator Dr. Spitta eine Lösung in Aussicht, die die geschichtliche Entwicklung und der besonderen Charakter Bremens als eines kaufmännischen Stadtstaates berücksichtige, zugleich aber eine Fortentwicklung in demokratischer Richtung bringe, jedoch der Senat die Zurechtweisung der Bürgerschaft über die Verfassungsreform zu einer Verständigung zu kommen, wenn auch die Sozialdemokratie wahrscheinlich nicht befriedigt sein würde. (Mit der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung scheint es danach nichts zu werden.) Nach längerer Debatte wurde der Gesetzentwurf mit 82 Stimmen angenommen. Die zweite Lesung findet Mittwoch statt. Die Bürgerschaft stimmte dann noch der Vorlage über die Änderung des Erbschaftsteuergesetzes sowie dem Gesetzentwurf zu, der die Wiederwahl des gegenwärtigen Vorsitzenden der Gewerbe-kammer für die Uebergangswirtschaft ermöglicht.

Theater und Musik.

Das Theaterweihnachtsmärchen. Im „Hamburger Echo“ lesen wir folgende „dringliche Bitte an die Leitung der hamburgischen Oper“, die an alle Bühnen, auch die Lübecker, weitergegeben werden kann:

„Mit dem Wiederbeginn der Theaterzeit fällt auch die Entscheidung über die Weihnachtsmärchen, die alljährlich den Kindern zur Freude gegeben werden. Das geht die Leiter in künstlerische Berlegenheit. Denn der unbefugte Dilettantismus hat sich dieses Schaffensgebietes bemächtigt und bringt Erzeugnisse hervor, die meist unter der literarischen Schamgorgone stehen. Zum andern

aber glaubt das Theater sich zur größten Rücksichtnahme auf den Geschmack der Masse verpflichtet. Aber dieselbe entspringt nur einer unsicheren Beurteilung des Kindes und ist als verhängnisvoll durchaus zu beklagen. Genügt gibt es für das Theater wichtigeren Fragen als das Weihnachtsmärchen; aber betrachtet man sie aus dem Gesichtswinkel der künstlerischen Erziehung, so ist es nicht zu verkennen, daß sich hier entscheidende Einflüsse geltend machen.

Das Weihnachtsmärchen führt die Kinder zum erstenmal ins Theater, und für ihre seelische Einkleidung ist es von großer Tragweite, ob dasselbe als eine Belustigungsanstalt oder als eine Kulturbildung vor sie tritt, zumal der erste Eindruck oft grundlegend ist. Und die Kinder müssen das Theater mit innerer Notwendigkeit als einen Vergnügungsort auffassen — welche Meinung ja auch von vielen Erwachsenen geteilt wird — wenn sie die üblichen Weihnachtsstücke vorgelesen bekommen, die nur darauf ausgehen, möglichst viel Spaß zu bieten. Da er aber aus dem Leben nicht so zwerghaftlich aussieht, überbieten sich Verfasser und Darsteller in bunten Sinwidrigkeiten, tollen Clownstücken und perfekten Bemerkungen. Aber die ganze Art ist im hohen Grade unkindlich. Das Kind lacht gern und oft, und wo es finstere Geister sieht, fühlt es sich nicht wohl. Seine ungewürzte Phantasie lebt jedoch noch hart an der Grenze des Komischen; Dinge, bei denen der Erwachsene keine Miene verzieht, lösen bei ihm schallende Fröhlichkeit aus. Es bedarf nur der leisen Uebertreibung der gewohnten Dinge, nur eines geringen Ueberschreitens der alltäglichen Wertungen, und ein glückliches Lachen bricht aus dem Kinde hervor. Die anzüglichen Redewendungen erfährt es überhaupt nicht; sie sind auch nur für die Erwachsenen mehr oder minder gewaltig in das Märchen gejagt. Das Kind will sehen; durch das Auge bringt es zu den Beziehungen der Menschen und Dinge;

eine reiche, phantastische Handlung, die einen Vorgang seines Empfindens verdeutlicht, daß es innerlich staunen und lauschen kann, kommt seinem Verlangen am nächsten. Die ausgelassenen Märchen: von einem, der aussog, das Furchten zu lernen, Däumchen, Lumpengeld, sind auch nicht seine Lieblings-, sondern die ersten, lebensvollen sind es, in die es mit großen Augen hineinstarren kann, die das Lachen aus Tränen gebären, und seinem erwachenden Fühlen die Riefel des Lebens ahnen lassen, wie Schneewittchen, Aschenputtel, Brüderchen und Schwesterchen, Rotkäppchen. Nur müssen sie ein glückliches Ende nehmen; die Tragik ist seinem Empfinden zu schwer und lichtlos; und die Schauer, die es auf dem Wege empfängt, lassen es nur um so froher auflassen. Das Kind will lernen; alles soll ihm dazu dienen; die schlummernden Kräfte zu lösen, daß es wächst und stark wird. Aber das übliche Gemengsel aus Allegorie, Banalität und Unsicherheit läßt die Kinder leer; mit dem Verrücken der bunten Sinnlosigkeiten ist auch die Richtung zu Ende, und ihr frohes Lachen vor betäubt und in die Richtung auf das Niedere gedrängt. Wer darum das Kind liebt und die geistigen Werte fördern will, der kann das Weihnachtsmärchen in seiner heutigen Form nicht wollen. Eine Pflanzung kann nur durch das Theater kommen. Es muß den Mut haben, das Gute, das auch unter den Weihnachtsmärchen ist, aufzuführen und zur Darstellung zu bringen, und es wird doppelten Erfolg haben für Leib und Seele. Es sind genug da, die darauf warten, die aber als einzelne sinnlos sind gegenüber der Macht, die das Theater als eine künstlerische Autorität ausübt. Und wenn dann die Kritik nicht überlorend lächelnd beide Augen zudrückt, sondern ernsthaft ihre Ansprüche stellt, dann wird auch die große Masse folgen, wird gerne und dankbar folgen.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 3. Dezember. (Wittich.) Durch unsere U-Boote wurden im Havel- und Brihol-Kanal wiederum 2 Dampfer und 2 Segler vernichtet. Unter den versenkten Schiffen befanden sich die englischen Segler „Robert Brown“ und „Mimicats“, letzterer mit 190 Tonnen Reich von Manchester nach St. Malo. Die Dampfer waren beladen.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Genf, 3. Dezember. Der sozialistische Abgeordnete Moutet verlangt in einer Interpellation von der französischen Regierung Rechenschaft über die ohne Wissen des Parlaments abgeschlossenen, von Trotski jetzt veröffentlichten Geheimverträge.

Genf, 3. Dezember. Nach einer Washingtoner Meldung des „Main“ enthält die Kongress-Botschaft des Präsidenten die dringende Aufforderung, die ganze Legislaturperiode den Kriegsvorbereitungen zu widmen. Das amerikanische Kriegsziel sei die Sicherung der Demokratie in der ganzen Welt durch Fortsetzung des Krieges.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gekennzeichneten Artikel: Paul Völsig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling, Verleger: Th. Schwabe, Druck: Friedr. Meyer & Co. Lübeck in Pöden

Bekanntmachung die Volkszählung im lübeckischen Staate betreffend.

(Veröffentlicht am 21. November 1917.)

Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung des Senates vom 17. November 1917, die Volkszählung betreffend, wird nachstehendes hierdurch zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

§ 1.
Die Volkszählung soll die ortsanwesende Bevölkerung ermitteln. Sie hat sich deshalb auf alle in der Nacht vom 4. auf den 5. Dezember 1917 im lübeckischen Staatsgebiete ständig oder vorübergehend anwesenden Personen zu erstrecken. Dabei gilt als entscheidender Zeitpunkt die Mitternacht, so daß von den in dieser Nacht Geborenen und Gestorbenen die vor Mitternacht Geborenen und die nach Mitternacht Gestorbenen mitzuzählen sind.

§ 2.
Die Zählung erfolgt durch namentliche Aufzeichnung der im § 1 bezeichneten Personen in Haushaltslisten und zwar bei der Haushaltung, in welcher sie übernachtet haben.

Unter Haushaltung sind die zu einer Wohn- oder hauswirtschaftlichen Gemeinschaft vereinigten Personen zu verstehen. Einer Haushaltung gleichgesetzt werden einzeln lebende Personen, die eine besondere Wohnung innehaben und eine eigene hauswirtschaftliche führen.

Ebenso wie die Teilnehmer einer regelmäßigen Haushaltung sind anzusehen und zu verzeichnen die in einer Kaserne, in einem Gefangenen- oder Internierungslager oder in Massenquartieren Untergebrachten, die in einem Wohnhaus oder in einem Lazarett befindlichen Militärpersonen, die Wache eines Wohnhauses, die Mitglieder eines Bannschutzes, die in einer Anstalt (Kranken-, Straf- u. a. m.) Untergebrachten, die Seemanns- und Kapitäns- eines Schiffes u. a. m.

Personen, die in der Zählungsnacht in keiner Wohnung übernachtet haben, werden bei derjenigen Haushaltung verzeichnet, in der sie am 5. Dezember 1917 zuerst ankamen.

Die Zählung ist auch auf die am 5. Dezember 1917 im Bezirk der Gemeinde liegenden oder zuerst dort von der Fahrt im Laufe des Tages anlangenden Schiffe zu erstrecken.

§ 3.
Zur Eintragung in die Haushaltslisten sind die Haushaltungsköpfe oder in deren Abwesenheit ihre Vertreter verpflichtet.

§ 4.
Für die bei dieser Zählung über die Persönlichkeit des einzelnen gemachten Nachrichten ist das Amtsgeheimnis zu wahren. Sie dürfen nur zu den vom Reichskanzler oder von den Landeszentralbehörden bestimmten amtlichen Zwecken benutzt werden.

§ 5.
In die Haushaltslisten sind für jede ortsanwesende Person die folgenden Angaben einzutragen: Vor- und Familienname, Stellung im Haushalt, Geschlecht, Geburtsort, Geburtsmonat und Geburtsjahr, Familienstand.

Für alle Zivilpersonen (ohne freizeitanernte Militärpersonen) ist anzugeben: der Wohnort bei vorübergehend Anwesenden und der Aufenthaltsort bei vorübergehend Anwesenden, insbes. auf die Provisorien für die Provisorien der Provisorien der Gemeinde der Selbstversorgung, für alle anderen Personen die Gemeinde, von der die Postkarte oder die Briefmarken bezogen werden.

Für Militärpersonen (Militär, Reservisten, Landwehr- und Landsturmleute) ist der Dienstgrad (Militär) und außerdem durch sie zu bezeichnen: der Wohnort bei vorübergehend Anwesenden, der Wohnort bei vorübergehend Anwesenden, ferner zu bezeichnen, ob durch den Truppenteil (Gefangenenlager) volle oder keine Versorgung geliefert wird.

Die gleichen Angaben werden für die zur Zählung aus der Haushaltung der sie angehört, vorübergehend abwesenden Personen erfordert.

§ 6.
Die Haushaltslisten werden während der Tage vom 2. bis 4. Dezember d. J. durch Häupter, welche mit Ausweisarten versehen sind, verteilt. Die Haushaltslisten sind
am Mittwoch, dem 5. Dezember d. J.
bis mittags 12 Uhr

durch die Vorstände der Haushaltungen (vgl. oben § 2 Absatz 1) und durch die Vorsteher oder Stellvertreter von Häuptern für gemeinsamen Aufenthalt, persönlich oder durch geeignete Vertreter zu besichtigen und mit Namensunterschrift zu bezeichnen. Wo das infolge besonderer Verhältnisse nicht möglich ist, erfolgt die Besichtigung und Bescheinigung durch die Häupter auf Grund bei den Haushaltungen selbst einzuschickender mündlicher Erkundigungen.

§ 7.
Die Wiedererhebung der Listen beginnt am 5. Dezember nach 12 Uhr mittags und soll im Laufe des 6. Dezember beendet sein.

§ 8.
Die Bevölkerung ist verpflichtet, dem Statistischen Amt jede für die Beschaffung und Ergänzung ihrer Angaben erforderliche Auskunft zu erteilen.

§ 9.
Wer wegen der auf Grund der Bekanntmachung bei der Zählung erhaltene Angaben auf die Volkszählung vorgeschriebener Angaben in die Haushaltslisten zu machen oder wer unrichtige Angaben in die Haushaltslisten einträgt, wird mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft.

Das Statistische Amt.

Nachweisung der Meßgeräte.

(§. §§ 6, 9, 11 der Maße- und Gewichtsordnung vom 30. Mai 1908; Reichs-Gesetzbl. S. 849.)

1. Der zweijährigen Nachweisung unterliegen, soweit sie dem einschlägigen Verkehr dienen, folgende Meßgeräte:
 - a) Waagenmaße,
 - b) Flüssigkeitsmaße,
 - c) Meßwerkzeuge für Flüssigkeiten,
 - d) Sohlmaße und Meßwerkzeuge für trockene Gegenstände,
 - e) Gewichte,
 - f) Waagen für eine größte zulässige Last von weniger als 5000 Kilogramm,
 - g) Räder für Vier.
2. Bis zum Jahresabschluss sind alle der zweijährigen Nachweisung unterliegenden Meßgeräte zur Nachweisung zu bringen, soweit sie nicht den Nachweisstempel 16 oder 17 tragen.
3. Unter den entsprechenden Voraussetzungen sind alle der dreijährigen Nachweisung unterliegenden Meßgeräte zur Nachweisung zu bringen. Der dreijährigen Nachweisung unterliegen:
 - a) Waagen für eine größte zulässige Last von 3000 Kilogramm und darüber,
 - b) feinstvermäuerte Waagen,
 - c) Räder für Wein und Obstwein.
4. Das Eichamt (Schulstraße 10) ist vormittags von 9 bis 1 Uhr geöffnet.
5. Vom 1. Januar nächsten Jahres an wird eine Nachschau der dem einschlägigen Verkehr dienenden Meßgeräte stattfinden. Vorachsende Besuche gegen die Eichvorschriften werden zur Verurteilung gebracht werden.

Lübeck, den 3. Dezember 1917. 3881

Das Postamt.

Einsparung des Gasverbrauchs.

Auf Grund der Verordnung des Reichskommissars für Elektrizität und Gas vom 26. Juli 1917 sowie der Bekanntmachung vom 9. August 1917 wird erneut darauf hingewiesen, daß die Benutzung von Gasöfen oder von Leuchtflammen und Kochherden nur zur Raumheizung zu verwenden ist.

Für die Erreichung dieser Beschränkung wird die Gaslieferung einachsele; außerdem können die gelegentlichen Strafen verhängt werden.

Lübeck, den 4. Dezember 1917. (3898)

Der Vertrauensmann.

Bekanntmachung der Kriegshilfe, Abt. Kleingartenbau.

Der Stallbau ist eingetroffen und wird auf dem Lagerplatz Falkenstr. 26a abgeholt.

Der Ausschuß für Kriegshilfe.

Kriegsfüchen.

Donnerstag und Sonnabend Fleischkarte mitbringen.

Geldkarten für Fleischkarte haben nur Gültigkeit, wenn bei Entnahme des Geldes für jede Karte 2 Reichsmarken abgeholt werden.

Konsumverein für Lübeck u. Umgeg.

e. G. m. b. H.

Generalversammlung

am Montag, 10. Dezember, abends 8 Uhr,

im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50-52.

Tagesordnung:

1. Jahresberichte,
2. Genehmigung der Bilanz und Entlastung des Vorstandes,
3. Beisatzfassung über die Verteilung der Ertrübrigung,
4. Wahlen zum Aufsichtsrat nach § 17 des Statuts,
5. Wahlen zum Genossenschaftsrat nach § 29 des Statuts,
6. Revisionsbericht.

Eintritt und Erhalt der Stimmzettel nur gegen Vorzeigung der Mitgliedskarten.

Der Aufsichtsrat,

Rob. Waldburger, Vorsitzender.

Die Bilanz ist vom Montag, dem 3. Dezember zur Einsicht der Genossen in allen unseren Abgabestellen ausgelegt. Die Geschäftsberichte werden in den nächsten Tagen herausgegeben.

Marmor-Saal

Stadttheater Lübeck.

Wohltätigkeits-Vorstellung

unter dem Protektorate

der Herren Generalmajor v. Wrieth, Oberst v. Kuenheim, der Herren Senator H. Eschenburg, stellv. Bürgermeister, Dr. Lienau, Rabe, Frau Senator Possehl, Frau Ida Boy-Ed, Herrn Konsul Dimpker, der Herren Oberstabsarzt Dr. Pauli, Dr. Roth 3887

zugunsten der Weihnachtsspende

verwundeter und erkrankter Krieger der Lazarette II. St.-Jürgenschule und Allgemeines Krankenhaus

Montag, den 17. Dezember 1917

präz. 6¹/₂ Uhr abends.

Da die Karten-Nachfrage sehr groß und der Saal fast ausverkauft ist, wäre sofortige Platzbestellung von eigenstem Interesse.

Alles Nähere durch Plakate an den Anschlagssäulen usw.

Literarische Gesellschaft zu Lübeck.

Wohltätigkeits-Vorstellung

zugunsten der Hinterbliebenen des Regts. Lübeck

Sonntag, den 9. Dezember

mittags 12 Uhr

im Stadt-Theater.

Vorspruch, verfaßt und gesprochen von Otto Anthes.

Kammermusik der Herrn Szanto, Gehrken, Leidner, Gorbach.

Streichquartett D-Moll von Schubert.

Sehnsucht.

Schauspiel von Woldemar Oskar Döring.

Schauspielpreise. Die Mitglieder der Lit. Gesellschaft erhalten für die Plätze bis zum 1. Parkett einschließlich eine Ermäßigung von 1 Mk., vom 2. Parkett bis 2. Rang einschließlich von 0,50 Mk. (3879)

Kartenverkauf an der Theaterkasse.

Lichtbildmaschine zu verk.

3-911 Seabergstr. 25.

Wer bester Robt Kaffee?

Ang. u. D M an d. Exp. (3892)

Zentralverband der Handlungshelfen

Mitglieder Versammlung

am Donnerstag, 6. Dezember

im Vereinslokal (3. Ealers) Dürkstr. 110.

Tagesordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder u. Beitrags-Erhebung.
2. Abrechnung vom 3. Quartal.
3. Bericht vom Rat und Gewerkschaftshaus.
4. Antrag auf Veränderung der Lokalbeiträge.
5. Entschlüsse.

Anfang 7 Uhr.

Der Vorstand.

Hansa-Theater.

Heute

abends 7 Uhr. (3888)

Die schöne Zeit, o selige Zeit

Verein der Musikfreunde.

8. volkstümlich. Konzert

Montag, den 10. Dezbr.

abends 7¹/₂ Uhr, im Stadttheater.

Leitung: Dr. Georg Gübler.

Richard Wagner-Abend

Stadttheater.

Dienstag den 4. Dezbr. 1917

Mignon.

Mittwoch den 5. Dez 1917

Die Garsdasürsti.

Donnerstag, d. 6. Dez. 1917

Jedermann.

Ein Spiel vom Sterben des reichen Mannes.

Erneuert von Hugo von Hofmannsthal. Musik von E. Nilson.

Anfang der Vorstellungen 7 Uhr.

Verammlung der Lübecker Bürgerchaft.

Der Vorsitzende Dr. Görg eröffnet die Sitzung um 6 Uhr 20 Min. Er widmet dem Bürgerchaftsstenographen Herrn Hennings anerkennende Worte für seine 25-jährige Tätigkeit als Bürgerchaftsstenograph. Auch als Vorkämpfer für eine deutliche Einheitsstenographie sei Herr Hennings hervorragend tätig gewesen.

Eingegangen ist eine Eingabe des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, den Konsumgenossenschaften eine öffentlich-rechtliche Interessenvertretung in den Bundesstaaten einzuräumen.

Es folgt die Wahl des Geschäftsvorstandes. Als Vorsitzender der Bürgerchaft wird der Präsident der Handelskammer, Direktor mit 64 von 66 abgegebenen Stimmen gewählt. Zum ersten Stellvertreter wird Erber Staatsanwalt Dr. Benda gewählt.

Stellung erklärt zum 2. Stellvertreter ein Mitglied aus der sozialdemokratischen Fraktion zu wählen. Er wendet sich an die große Wählerzahl, die hinter der sozialdemokratischen Fraktion steht und betont, daß schon aus Gründen der Gerechtigkeit die sozialdemokratischen Vertreter ein Sitz in der Bürgerchaft zuerkannt werden müßte. Ferner schlägt zum 2. Stellvertreter Paul Löwigt vor.

Gewählt wird Kaufmann Br. Wald. Löwigt erhielt 19 Stimmen.

In den Bürgerauschüß wurden neu gewählt: Als 1. Dr. von Roden, Dr. Eichenburg, Goerker, Glahn, Dr. Görg, Graf, Kühn, Dr. Langenham, Nadden, Reimpel, Joh., von Sönd, Schöther, Thiel.

1. Antrag: Entsch. über Nachträge zum Einkommensteuergesetz vom 1. November 1912 und zum Gewerbesteuerergesetz vom 14. Januar 1911.

Wird debattiert und genehmigt.

2. Antrag: Errichtung eines öffentlichen Arbeitsnachweises.

Dr. Hartwig erinnert an die lange Vorgeschichte eines öffentlich-paritätischen Arbeitsnachweises. Es habe viel zu lange gedauert, bis die Vorlage Gesetz wurde; es sei dies um so unbegreiflicher, als man ja hier keinen Schritt ins Dunkle mache. Allerdings müsse in Betracht gezogen werden, daß die Gewerbetreibenden sich vor einiger Zeit dahin ausgesprochen habe, daß für eine solche Einrichtung in Lübeck auch nach dem Kriege kein Platz vorhanden sei. Solches prophezeien sei nicht gut. Es erinnere an das Gelerntem Ende der vier Jahre des vorigen Jahrzehnts, in dem das Eisenbahnfahren als der Gesundheit nicht zuträglich erachtet wurde, da es zu Gesundheitsstörungen Anlass geben könne. Die jetzige Vorlage ist im ganzen gut, nur ist es unangebracht, den bestehenden Arbeitsnachweis beizubehalten und ein völlig neues Institut zu errichten. Freilich, sehr kurz, merkwürdig kurz ist die Begründung der Senatsvorlage. Der alte Arbeitsnachweis habe bisher sehr gut gearbeitet. Widerspruch gegen seine Tätigkeit wurde nicht laut, wie sein Bericht bezeugt. Der neue Arbeitsnachweis solle sich auf die soziale Arbeit in jeder Beziehung beschränken, nicht nur Arbeitsträger vermitteln. Die Erfahrungen, die im Laufe des Krieges gemacht wurden, müßte man nutzbar machen, wenn man erfolgreich arbeiten wolle. Nachtraglich ist eine verbindliche Verbindung des jetzigen Arbeitsnachweises mit dem alten Stadter und Landamtes als Mitglied des Verwaltungsausschusses für den Arbeitsnachweis notwendig.

Senator Dr. Eichenburg ersucht die Beratung mit den diesen notwendigen Erwägungen und Vorarbeiten der in Frage kommenden Interessentenvertretungen.

Löwigt weist in der Vorlage keine vollkommene Regelung der Arbeitsnachweissfrage, da ja auch noch die hier vorhandenen mehr als 30 anderen Arbeitsnachweise bestehen bleiben. Die großen Aufgaben der Übergangswirtschaft und die Zeit nach dem Kriege seien nicht genügend berücksichtigt. Man nehme keine Rücksicht auf die großen aus demelde zurückbleibenden Massen, denen es nicht leicht werde, sofort wieder Arbeit zu erhalten. Es werde deshalb notwendig sein, das System der Arbeitsnachweise in Deutschland wirklich großzügig auszubauen. Von einer Großzügigkeit sei auch hier nichts zu bemerken. Die Senatsvorlage beruhe im allgemeinen auf der Grundlage des bestehenden Arbeitsnachweises, die man nur etwas verändert habe. Ein Vorzug sei die Parität in der Verwaltung, die zwar nicht zugehen war. Redner würde es als Verschlechterung betrachten, wenn dem Vorschlage Dr. Hartwigs Folge gegeben und noch ein Oberstadter und Landamtes in den Verwaltungsausschüß hineingekommen würde. Der gegenwärtige Leiter des Stadter

und Landamtes möge zwar vom sozialen Geiste erfüllt sein, doch fehle die Bürgerschaft dafür, daß stets ein solcher Beamter vorhanden sei. Die gegenwärtige Personenfrage dürfe für die gesetzliche Regelung nicht entscheidend sein. Notwendig sei vor allem die grundsätzliche Anfertigung der Benutzung des Arbeitsnachweises. Diese sei hier nur für Arbeitnehmer vorgezogen. Der Bürgerauschüß sei zunächst dem Vorschlage seiner Kommission gefolgt und habe für beide Teile Anfertigung empfohlen. Jetzt allerdings sei er dem Beschlusse des Senates beigetreten. Im Bürgerauschüß habe man als Grund für die Gebühren der Unternehmer merkwürdigerweise vernommen, daß die Arbeitgeber dann auch größeren Einfluß hätten, und den wolle man sich sichern. Ein solcher Einfluß aber wäre unmoralisch und verwerflich. Es komme aber doch vor allem darauf an, daß der Arbeitsnachweis recht viel benutzt wird und alle ihn in Anspruch nehmen. Deshalb ist die Anfertigung auch für die Unternehmer notwendig. Gemäß gebe man der Arbeitgeber jetzt für Gesuche um Arbeitskräfte Geld für Injunkte usw. aus, doch würden diese Leute sicherlich auch den Arbeitsnachweis mit in Anspruch nehmen. Erst wenn von beiden Seiten eine ausgiebige Benutzung des Nachweises erfolge, würde er seinen Zweck erfüllen. Die Arbeiterorganisationen hätten auch in Eingaben an den Reichsanwalt hervorgehoben, daß Arbeitsnachweise geschaffen werden müßten, die alle Erwerbskünde erlösten und der Reichsanwalt habe diesen Standpunkt für den richtigen angesehen. Nach dem vorliegenden Gesetz können ja die Arbeitsnachweise angegliedert werden; hoffentlich wird davon weitestgehender Gebrauch gemacht, dann wird der Arbeitsnachweis seinen Zweck erfüllen als jetzt. Die Lübecker Gewerbetreibenden haben wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß die Annahme der Vorlage nur dann gerechtfertigt ist, wenn volle Anfertigung der Vermittlung und Parität in der Verwaltung gewährleistet werde. Die nur halbe Anfertigung ist ein Mangel der Vorlage, den ich durch einen Antrag in der Einzelberatung zu beheben veruchen werde. (Beifall bei den Soz.)

Senator Dr. Kienau verweist auf Dresden, wo dieselben Kämpfe um den Arbeitsnachweis geführt wurden wie hier. Die jetzige Vorlage sei das Resultat langer Beratungen. Den Antrag Hartwig ersucht er abzulehnen. Zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer müsse eine unparteiische Versöhnlichkeit stehen. Auch bezüglich der Entgeltlichkeit sollte der Senatsantrag angenommen werden. Man wolle noch nicht, wie hoch sich die Kosten beläßen, und bei den großen Staatsausgaben könne man ruhig Einnahmen nehmen, gegen die die Arbeitgeber nichts einzumenden hätten. Thiel freut sich über die ziemlich übereinstimmende der Parteien in dieser Frage. Mehr Einfluß verlangten die Unternehmer deshalb nicht, wenn sie besonders für die Inanspruchnahme des Arbeitsnachweises besorgt seien. Gegenreich arbeiten könne der Arbeitsnachweis nur, wenn er das volle Vertrauen aller Beteiligten genieße. Die Arbeitgeber hätten sich nicht ganz leicht dazu entschlossen, einem öffentlich-paritätischen Arbeitsnachweis ihre Zustimmung zu geben und zwar weil man in Lübeck genügend Arbeitsnachweise besaß, die vollauf ihre Aufgabe erfüllten. Man fürchtete, daß die Nacharbeiten nach dem Kriege nicht so leicht kämen, wie sie nach dem Kriege geändert habe, aber so leicht könne man nicht seine Ansicht ändern. Allerdings müsse der Arbeitsnachweis entwicklungsfähig ausgebaut werden, um schließlich auch die Nacharbeiten in sich aufnehmen zu können. Eine solche Annäherung würde bedeutend mehr Kosten verursachen, da Nacharbeiten nicht so ohne weiteres herangezogen werden könnten. Aufwendungen, die früher dem einzelnen hierher zur Last fielen, solle man nicht ohne weiteres dem Staat aufbürden. Nach dem Kriege würden wir keinen Arbeiterüberfluß, sondern vielmehr Arbeitsmangel haben. Denn die Frauenerwerbstätigkeit während des Krieges, der Not gehorchend, überspannt worden. Ein großer Teil Frauen würde wieder aus Betrieben, die für sie unrentabel seien, in ihren ursprünglichen Hausfrauenberuf übertreten. Der über aufblühenden Industrie in Lübeck sollte man einer Theorie stütze nicht umsonst die Arbeitskräfte heranschaffen. Bezüge der Unternehmer für die Arbeitsvermittlung, dann habe er auch ein viel größeres Recht aufzutreten und die benötigten Arbeitskräfte vom Nachweis zu verlangen. Man könne für die Übergangszeit vielleicht volle Anfertigung einführen, später aber soll der Verwaltungsausschüß das Recht der Gebührenenthebung bei Arbeitgebern fordern können. Deshalb sei der Senatsantrag der richtige. Redner wendet sich auch gegen die Auffassung, daß dem Verwaltungsausschüß lediglich untergeordnete Aufgaben obliegen sollen. Der Arbeitsnachweis spiele in der zukünftigen Entwicklung Lübecks eine sehr wichtige Rolle, und von seinem Ausbau könne sehr viel ab. Er müßte selbstständig dastehen, unabhängig von jeder Verwaltungsbehörde. Redner fordert die Annahme des Senatsantrages in ihrer ursprünglichen Fassung.

Löwigt: Aus den letzten Ausführungen des Herrn Thiel klingt es wie eine Befürchtung, daß in der Person des gegenwärtigen Oberstadters des Stadter und Landamtes an die Spitze des Arbeitsnachweises ein Mann mit völligem sozialen Gefühl treten könne. Derartige Bedenken sollten hier nicht mitgesprochen. Ich wundere mich, wenn sie in Kreisen der Arbeitgeber bestehen sollten. Wie das Protokoll des Bürgerauschusses ausweist, hat Herr Hennings, selbst ein Gewerbetreibender, diese Veränderung gewünscht, die im Bürgerauschüß kaum bekämpft wurde. Herr Thiel hat besonders eingehend die Gebührenfrage behandelt und gemeint, die Gebührenzahlung sei deswegen notwendig, weil die Einrichtung viel koste und die Arbeitgeber bei Beschaffung von auswärtigen Arbeitskräften auch Mittel aufwenden müßten. Das ist richtig, aber wie bekannt ist die Frage der Arbeitsnachweise noch nirgends voll ausgeprägt. Die Frage der Arbeitsvermittlung wird immer größere Kreise ziehen; die Arbeitsnachweise müssen überall weiter ausgebaut werden und eine Verbindung unter sich im Reich schaffen, dann können sie die benötigten Arbeitskräfte in einfacher Weise austauschen und vermitteln. Im Gegensatz zu Herrn Thiel bin ich überzeugt, daß nach dem Kriege die Nachfrage nach Arbeit das Angebot übersteigen wird. Wünschen möchte ich allerdings, daß Herr Thiel hierin Recht behielte. Daß die Heranschaffung des Rohmaterials wird Monate in Anspruch nehmen, dazu kommt der Wegfall der Kriegsausträge, die jetzt viele Betriebe beschäftigen. Herr Thiel gab selbst zu, daß durch völlige Anfertigung die Benutzung des Nachweises größer würde als bei der Gebührenenthebung. Ich bedauere nur, daß er nicht die Konsequenzen daraus zieht und der Anfertigung zustimmt. Daraus bin ich freilich überzeugt, daß die Arbeitgeber zum großen Teil für die Vermittlung zahlen könnten, aber der Arbeitsnachweis soll eine soziale Einrichtung sein, die mehr zu erfüllen hat als nur die Vermittlung von Arbeitskräften. Wenn alle Kreise zu den Kosten beitragen, ist es die gerechteste Aufbringung der Mittel. Es ist eine Reihe Städte in Deutschland vorhanden, die diesen Standpunkt teilen. Meine Ausführungen über den größeren Einfluß der Arbeitgeber bei Bezahlung der Vermittlung kann ich nicht ändern. Die Worte sind gefallen und ich habe sie fast wörtlich wiedergegeben. Die Kommission des Bürgerauschusses hat sich, wie Sie aus dem Bericht entnehmen können, für Anfertigung ausgesprochen und der Bürgerauschüß ist dem beigetreten. Erst als der Senat dann auf seine erste Vorlage keinen Wert mehr setzte und mit einer neuen kam, ist der Bürgerauschüß leider dem Senat gefolgt. Die Einnahme aus den Gebühren wird voraussichtlich sehr gering sein. Es ist zweckmäßig, jetzt die Anfertigung einzuführen. Sie ist auch eine Vorbedingung für eine umfassende und geregelte Arbeitsvermittlung.

Senator Dr. Kienau nimmt die Senatsvorlage in Schutz und betont, daß der Senat Wert darauf lege, die Vorlage heute verabschiedet zu sehen.

So ist polemisiert gegen die Behauptungen Löwights, der eine abnehmende Darstellung von seinen Ausführungen im Bürgerauschüß gegeben habe. Er bestreitet gesagt zu haben, daß die Arbeitgeber Gebühren zahlen wollten, um einen größeren Einfluß auf die Verwaltung des Arbeitsnachweises zu bekommen. Dr. Hartwig zieht seinen Antrag zurück, um seine Schwächen richtig zu machen.

Thiel wünscht wiederholt eine freie unabhängige Tätigkeit des Arbeitsnachweises. Auch die Linke habe stets betont, daß dieser nur bestehen könne, wenn volles beiderseitiges Vertrauen zu ihm herrsche.

Löwigt betonte, daß die von Herrn Bode im Bürgerauschüß geäußerten Worte, die sollten allerdings wohl nicht die Meinung Bodes, sondern die Ansicht der interessierten Kreise, die sich wiederholt über diese Angelegenheit herablassen, wiederzugeben. Gerade diese Worte hätten ihm außerordentlich schmerzhaft berührt.

So ist wünscht, daß aus der gemeinsamen Zusammenarbeit von Arbeitgebern und Arbeitnehmern sich ein inneres Verhältnis im tätigen Leben ergeben möge, als es bisher bestanden habe. Der Nachweis diene dem allgemeinen Staatsinteresse, weshalb die Übernahme der Kosten auf die Allgemeinheit angebracht sei. Man müße auch an diejenigen Arbeitgeber denken, die unter dem Kriege gelitten hätten und deshalb jeden Groschen umwenden müßten. Viele Arbeiter wären auch in der Lage, für die Arbeitsvermittlung zu bezahlen und könnten dann zu der Ansicht gelangen, nun müßten sie auch Arbeit erhalten. Eine völlige Anfertigung sei das Beste und fast überall durchzuführen.

Senator Dr. Kienau wendet sich gegen die allgemeine Anfertigung. Uebrigens müßten nicht Gebühren erhoben werden, sie könnten es nur. Der Verwaltungsausschüß werde weitgehende Rücksicht nehmen.

Dr. v. Roden wendet sich gegen die Form des Senatsantrages von Äußerungen aus dem Bürgerauschüß. Herrn Löwigt

Die Rheider Burg. Erzählung von Levin Schüding.

17. Fortsetzung.

Claus hatte sich eben erst erhoben und war damit beschäftigt, seine alte Wandkammerjacke anzuziehen, als Franz mit dem Ruf über seine Schwelle trat: „Um Gottes willen, Hausmeister... der Graf...“

„Alle vierzehn heiligen Nothelfer stehen uns bei!“ stammelte Claus bis ins Mark erschrocken.

„Kommt, kommt mit herauf und seht es selber,“ verließ der Reitknecht, der sich an den Türpfosten hielt, als wenn seine Knie ihn nicht mehr trügen.

Claus eilte trotz seines Hinfens mit einer wunderbaren Schnelligkeit in großen Schritten über den Korridor und über den Hof hin. Er hatte Mühe, neben ihm zu bleiben. So kamen sie in das Schlafzimmer, wo Claus sich leuchtend und atemlos über die Leiche beugte und die Hand auf das schwarze Hauptband des Grafen legend, den abgemachten Kopf des Grafen zu sich herumdrehte.

„Ganz blaßschwarz im Gesicht!“ sagte er entsetzt. „Der ist erdrosselt!“

„Über da ist auch Blut... ach, du lieber Gott, eine ganze Ladung Blut!“ rief Franz jetzt aus, indem er auf der Seite des Kopfes und des Halses deutete, die unter der Leiche, an deren linker Seite lag. — Die Leiche lag auf der Seite des Grafen, und hatte eine tiefe Wunde an dieser Seite der Brust.

Die beiden Männer standen eine Weile sprachlos da, anstarrend.

„Wer hat das getan?“ rief Claus nach einer Pause aus.

„Wer hat das getan?“ wiederholte der totbleiche Reitknecht.

„Das ist eine üble Geschichte,“ stammelte Claus, und der kalte Schweiß trat ihm auf die Stirn. „eine üble Geschichte für uns beide!“

„Und die Taschen des Grafen unterstehend, hier ist keine Bekleidung und kein Geldbeutel.“

„Also ein Räuber ist's nicht gewesen!“

„Nein, ein Räuber nicht!“

„Doch besser für uns,“ rief Claus aus. „Nun legt den Kopf wieder hin, daß ich wie er lag — die Herrin vom Gericht wollen alles unberührt wissen, wie es liegt und steht — machen wir uns auf den Weg.“

Beide verließen das Schlafzimmer und eilten, unten im Korridor angekommen, auseinander, der Hausmeister in seine Stube, um die Schlüssel zu holen, womit er während seiner Abwesenheit die Haustür absperren wollte, der Reitknecht, um zu dem Pferd zu kommen und seinem Gaul den Sattel überzusetzen.

Wenige Minuten nachher sprang Franz im geistlichen Galopp den Weg in die Hauptstadt dahin. Er erreichte sie in kaum einer Stunde Zeit. Vor der Residenz Murats, dem Jägerhofe, warf er die Ägeln einem Soldaten der Wache zu, eilte ins Innere und wählte sich ein Zimmer und Lokale bis in die Vorzimmer des Großherzogs. Hier machte Franz mit seiner Schredenstunde einen solchen Eindruck, daß einer von Murats diensttunenden Adjutanten ihn sofort und ohne Anmeldung in das Kabinett führte, wo der Großherzog eben frühstückte, während Graf Beugnot ihm gegenüberlag, um ihm möglichst kurz und möglichst kurzweilig alles an und für sich sehr trodene Geschäftsberichte zu halten.

Der Adjutant entzündete in ruhigen Worten die Unterbrechung, indem er erzählte, was geschehen. Murat sprang im höchsten Grade überrascht auf, ließ Franz vorziehen und überstürzte ihn mit einer solchen Menge Fragen, daß dieser kaum hinreichenden Atem und hinreichende Zungengeläufigkeit fand, auf alles zu antworten.

„Ich habe geglaubt“ rief der Großherzog dann aus. „hier in einem Lande noch lauter fremden Schafen zu sein, die sich wenig darum kümmern, ob die Hunde, welche sie hüten, deutsch oder französisch bellen. Dies steht anders aus! Man weiß, wie nahe mir Spanille stand! Man ermordet ihn, sobald er sich außerhalb des schützenden Bereiches des Hofes wagt!“

„Soheit!“ rief Graf Beugnot kopfschüttelnd ein. „ich habe unter diesem mysteriösen Verbrechen etwas anderes als politische Beweggründe.“

Es sind, wie ich unlängst vernommen habe, bereits früher unangenehm geliebte Dinge in dieser Rheider Burg oder in ihrer Nachbarschaft vorgefallen. Aber ich glaube, es wäre zweckmäßig, ein Soheit gerufen, zuerst diesen Mann zu entfernen und dann den Grafen Kesselrode herzubefördern.“

Franz mußte auf einen Wink des Adjutanten diesem folgen und wurde von ihm im Vorzimmer einer Ordenskanzlei übergeben, die den Befehl erhielt, ihn auf die Schlosswache zu führen, wo man ihm erlaubte, die wachhabende Truppenabteilung mit seiner Gesellschaft zu unterhalten, aber nicht, sich aus dem Bereich der Wachtstube zu entfernen.

Zwei Stunden später erhielt Franz aus seiner Haft bereits wieder Erlaß. Er erhielt den Befehl, den Großherzog zu begleiten, der sich eben zu Pferde setzen wollte, um gefolgt von Beugnot und einem vertrauten Beamten der Polizei, sich selbst an den Ort des Verbrechens zu begeben.

Siebentes Kapitel.

Der Hammer erhält einen neuen Fall.

Die Nachricht von dem, was auf der Rheider Burg vorgefallen, konnte nicht anders als mit größter Schnelligkeit in der Gegend verbreitet, und nach dem Hammer war sie bereits vor Mittag gelangt. Welchen Eindruck sie hier machte, brauchen wir nicht zu schildern. Ritterhausen sprach sofort einen Verdacht gegen den unglücklichen Franz, den Reitknecht aus, als den, der allein die Nacht mit seinem unglücklichen Geleite in der Burg zugebracht. Denn auf den alten hinterden Claus konnte kein Verdacht fallen.

„Wichtig wie niedergeschmettert zeigte sich jedoch Sidulle: ihr erster Gedanke war natürlich der an den Deputierten, dem sie in der Rheider Burg ein Verbrechen angewiesen hatte... und sie empfand sie gleich im ersten Augenblick etwas wie einen Ausschrei des sich schuldig fühlenden Gewissens in sich. Sie war formale geworden bei der Nachricht, sie hatte nur mühsam sich so weit beherrschert, um mit ansehender Gemütsruhe an dem Hin- und Herreden, was darauf folgte, teilzunehmen — dann hatte sie sich entfernt und, unfähig, ihre Umhänge zu beschämen, war sie, ohne jemand davon zu sagen, fortzogen, über den Fluß, die Pergwand zum Schloße hinauf. Sie wollte versuchen, den Hausmeister zu finden, noch ihm zu erfahren, ob der Deputierte sich in der Tat noch während der letzten Nacht im Schloße aufgehalten habe und ob Claus auch glaubte, was dann allerdings das Wahrscheinliche, daß er der Täter sei.“

Aber als Sidulle oben angekommen war, fand sie auf dem Raume vor der Rückseite des Gebäudes mehrere Neugierige versammelt. Wenigen aus der nächsten Umgegend, die, auf den benachbarten Feldern arbeitend, bei der Nachricht von dem, was sich in der Rheider Burg ereignet, herbeigekommen waren. Der Eingang in das Gebäude durch den Turm auf der rechten Seite des Hofes, diente, durch die Sidulle unlängst dem Deputierten hinein geführt, hatte, wie vor innen verriegelt. Von den Leuten vernahm Sidulle, daß im Innern des Schloßes bereits Gerichtsprozeduren, der Friedensrichter des Kantons, der Maire eingetroffen seien und daß sie den Hausmeister schon im Verhöre hätten.

(Fortsetzung folgt.)

let offenbar ein Mißverständnis unterlaufen, was aus der einseitigen Stellungnahme von jener Seite zu erklären sei.

Schickmann: Die Frage muß hier geklärt werden, ob die Transparenz auch für die Arbeitgeber unentgeltlich ist. Der Verwaltungsausschuß kann doch nicht über das Gesetz hinaus Beschlüsse fassen. In der Begründung stehen Fragen, die im Gesetz vollkommen fehlen.

Damit ist die Generaldebatte erledigt. In der Einzelberatung stellt im § 1 Löwig ein Änderungsantrag, der die volle Unentgeltlichkeit vorseht; der Antrag wird abgelehnt. Ein Antrag Schickmann, der eine klare Fassung im Gesetz zur Gebühren-erhebung bei den Unternehmern bewirkt, wird angenommen.

Der dritte Absatz im § 3 besagt, daß zum Stellvertreter des Vorsitzenden auch ein Oberbeamter des Stadt- und Landamtes bestellt werden kann.

Thiel erwidert diesen Absatz zu streichen. Auch Dr. Ziehl wünscht, eine solche neue Einrichtung nicht einzuführen, sondern der Stellvertreter müsse auch ein Senator sein. Der Vorsitzende müsse vermitteln und ausgleichend wirken. Später könne man vielleicht einmal einen Oberbeamten dazu bestellen. Die Oberaufsicht habe der Senat und der müsse direkt berichtet werden können.

Hoff glaubt, die Frage des Oberbeamten des Stadt- und Landamtes als Stellvertreter scheine mehr eine Personenfrage zu sein. Herr Rat Dr. Ziehl sei bei den Arbeitgebern nicht beliebt. Die Erfahrung des jetzigen Leiters des Nachweises könne uns nur zum Vorteil gereichen. Der Antrag komme gerade von Seiten der Handwerker, die gewiß hohes Interesse wie andere Arbeitgeber hätten, daß der Arbeitsnachweis unentgeltlich geleitet wird. Gerade die Tätigkeit des Rats Herrn Dr. Ziehl auf sozialem Gebiet befähige ihn, seine soziale Erfahrung dem Arbeitsnachweis zugute kommen zu lassen.

Thiel verwahrt sich dagegen, daß die Personenfrage für ihn maßgebend sei. Löwig betont, daß es sich nach den gehörten Ausführungen doch um eine Personfrage zu handeln scheint. Im Gegensatz zu Herrn Dr. Ziehl sei er der Meinung, daß wenn ein Oberbeamter in einigen Jahren zur Vertretung befähigt sein sollte, dann müsse er es auch jetzt sein.

Dr. Ziehl: Ich betrachte die Frage rein sachlich. Erst müßten die Einrichtungen und Grundzüge des Nachweises durchgeführt werden, ein Ausgleich der Parteien stattfinden, ehe man an die Stellvertretungsfrage im aufgeworfenen Sinne herantreten könne. Im übrigen würde niemand einen hintern Busch, der nicht selbst dahinter stehe.

Dr. Hartwig wünscht, daß der Antrag Heinsohn bestehen bleibt. Die Autorität bestehe in der Sachkunde, die auch ein Oberbeamter haben könne.

Rähler erklärt, Herr Heinsohn habe im Bürgerausschuß nicht die Auffassung der Gewerbetreibenden geäußert, sondern eine rein persönliche Auffassung wiedergegeben.

Heinsohn bekräftigt dies, aber die anwesenden Gewerbetreibenden hätten gegen seinen Antrag nichts eingewendet, sondern ihm zugestimmt. Dilem werde größere Bedeutung beigelegt als er in sich habe.

Nach einer Bemerkung Hoff's Dr. Ziehl gegenüber wird der Antrag Heinsohn mit 29 gegen 28 Stimmen abgelehnt. Der Senatsantrag wird mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

Antrag Stellung: 1. Die Bürgerchaft ersucht den Senat, baldigt die Unterstützungsfrage für die Familien der zum Heer's dienft eingezogenen zu erledigen; 2. den Kriegserwitwen und -waisen aus finanziellen Mitteln während der Dauer des Krieges einen Zuschuß zur Hinterbliebenenrente zu gewähren.

Stellung: Als wir uns am 6. Dezember 1915 hier mit der Frage der Erhöhung der Unterstützungen für Kriegserwitwen und -waisen beschäftigten, ahnte niemand von uns, daß der Krieg noch zwei Jahre dauern würde. Immer noch tobt er und unter jenseitiger Wunde auf Beendigung desselben ist nicht in Erfüllung gegangen. Nur eine kleine Hoffnung ist jetzt vorhanden. Wenn wir auch keinen Einfluß auf die Fortsetzung oder Beendigung des Krieges haben, so müssen wir doch versuchen, die Leiden derer zu mildern, die vom Krieg betroffen werden. In erster Linie kommen da die Kriegserwitwen und -waisen in Frage, dann die Familien der Eingezogenen. (Die Väter der Bürgerlichen lästern sich immer mehr.) Es ist ein außerordentlich bezeichnendes Bild, daß die Bürgerchaftsmitglieder in einer so wichtigen Angelegenheit den Saal verlassen.

Vorsitzer Dimpker: Sie haben nur vorzutragen, was Sie wünschen, das andere habe ich zu bestimmen.

Stellung: Ich habe mich nur dagegen gewandt, daß ein großer Teil der Bürgerchaftsmitglieder bei diesem Punkt den Saal verlassen hat. Ich bedaure dies und sehe es als Beweis dafür an, wie wenig Interesse in diesen Kreisen für die Opfer dieses Krieges vorhanden ist. Ich stelle also die Frage, ob die Lage der Kriegserwitwen verbesserungsbedürftig ist oder nicht. Sie wurde im Reichstag und Bundesrat bejaht und der Reichstag hat einen Antrag angenommen, wonach die Unterstützung der Witwen um 10, die der Kinder um 5 Mk. monatlich erhöht werden soll. Der Bundesrat sah eine Erhöhung um 5 Mk. für genügend an, erklärte allerdings, daß die Lieferungsverbände vom 1. November ab ebenfalls eine Erhöhung eintreten lassen sollten. Eine grundsätzliche Erhöhung wurde ihnen auferlegt und bis zu 5 Mk. über den Lieferungsverbänden aus Reichsmitteln erlassen. Ich bedaure, daß den Wünschen des Bundesrats, aus eigenen Mitteln des Lieferungsverbandes einen Zuschuß zu gewähren, nicht Rechnung getragen wurde. Während hier für Frauen und Kinder 5 Mk. mehr bezahlt werden, hat Hamburg eine Erhöhung um 15 Mk. für Frauen und 7,50 Mk. für jedes Kind vorgenommen, Altona in derselben Höhe, Breslau um 7, Königsberg um 10, Braunschweig um 9 Mk. Ich glaube, die Bedürftigkeit liegt auch hier vor und die Antwort auf die Frage, ob die Unterstützungen hier bisher hoch genug gewesen sind, ergibt sich von selbst. Wir haben im „Lübener Volksboten“ eine Aufforderung einer Kriegserwitwen mit zwei Kindern aus dem eingemeindeten Gebiet gebracht, wonach sie insgesamt 42,50 Mk. für rationierte Lebensmittel ausgehen mag. Dabei waren Brotzucker und Mühlenzweibrot gar nicht einmal angeführt. Nimmt man diese noch dazu, dann erhält man ein rechtiges Bild von den Verhältnissen der Kriegserwitwen in Weiskirchen. 20 und einige Mark kommen für Nahrung und Bekleidung hinzu. Was bleibt da für Heizung und Kleidung übrig? Es ist ausgeschlossen, daß heute jemand mit der Unterstützung auskommen kann. Man darf die heutigen Verhältnisse nicht vergessen, wo Kinder und Schöne kaum mehr zu haben sind. Im Laufe der Jahre ist alles abgerufen, denn alles nimmt einmal ein Ende. Bei dieser Unterstützung ist es auch nicht möglich, andere Haushaltungsgegenstände, Heizung und dergl., anzuschaffen. Der Betrag, um den die Unterstützung erhöht wurde, ist also in keiner Weise ausreichend. Gerade in den letzten Wochen sind wesentliche Beherrschungen eintreten worden, so Jüden von 20 auf 40 Pfg., Kartoffeln gegen das Vorjahr von 6,- auf 2,50 Mk., Petersilien von 22 auf 2 Pfg., Haisrüben von 41 auf 20 Pfg., Nudeln von 51 auf 60-62 Pfg., resp. von 72 auf 82-86 Pfg., Mehl von 22 auf 27 Pfg., Brot von 55 auf 68 Pfg., Butter von 2,45 Mk. auf 3,20 Mk., Gruppen von 20 auf 36 Pfg. usw. Sie dürfen nicht vergessen, daß diese kleinen Steigerungen in jeder Familie von großer Bedeutung sind. Da reichen die 5 Mk. Erhöhung nicht aus, was man ja auch in anderen Städten eingesehen hat. Vielleicht ist es auch für Sie von Interesse, was man in anderen Städten zahlt. Bei Baden und Jähren hat man hier erklärt, Geld fände an einer Stelle mit seinen Unterstützungen. Jetzt ist diese Auffassung aber irrig. In Baden werden für eine Kriegserwitwen bezahlt 49 Mk., in Hamburg 74, Wandsbek 65, Bremen 71,50, Kiel 61, Elberfeld-Barmen 44,50 und 6 Mk. für Brot und Lebensmittel. Für eine Frau und ein Kind in Wandsbek 65,50 Mk., in Hamburg 102,-, in Altona 74,-, in Wandsbek 61,-, in Bremen 69,50, in Kiel 60,- usw. Ich habe hier mit Mühe und Mühe angegeben, die mit Geld wohl zu vergleichen sind. Man wird uns sagen, daß hier wesentliche Verbesserungen gemacht werden, was wohl richtig ist, doch werden diese Verbesserungen nicht erzielt. Altona zahlt bei Weitem bis zu 200 Mk. Unterstützung, 65 Prozent bezahlt die Stadt und 15 Pro-

zent müssen vom Hauswirt getragen werden. Altona zahlt 4,50 Mark und bei mehr als vier Personen 6 Mk. für Feuerung, Wäsche, Bekleidung, Mietzuschuß und Brennmaterialien, desgleichen Bremen, Kiel, Dresden und andere Städte. Ich könnte noch viele Städte nennen, deren Verhältnisse sich sehen lassen können, selbst in kleineren Städten der Industriegebiete. Der Einwand, daß viele Frauen ja Arbeiter, ist nicht stichhaltig, denn auch deren Lage ist verbesserungsbedürftig, von den übrigen Nebenleistungen sind sie jedoch ausgeschlossen und höherer Verdienst wird ihnen anzurechnen. Die Arbeiter müßten auch in der Reichsfinanzkommission und nicht nur im Rat der Kreis vertreten sein. Die Herren der Kommission mögen wohl den guten Willen haben und sozial gesonnen sein, können aber doch nicht immer in die Verhältnisse der Kriegserwitwen eindringen. Härten kommen deshalb immer vor. Die Arbeitslosigkeit für die Frauen ist in den letzten Wochen und Monaten ungünstiger geworden, so daß eine große Anzahl von Frauen für die Erwerbstätigkeit nicht mehr in Frage kommt. Landwirtschaft und Gärtnerei braucht im Winter keine Arbeitskräfte, die Frauen sind auf die kahle Unterstützung angewiesen. Das Leben hat sich ungeheuer schwer gestaltet, weshalb wir ohne Rücksicht auf die Kosten dazu beitragen müssen, die Angehörigen derer zu unterstützen, die für uns kämpfen, um ihre Lebenslage besserzustellen. Weiter ist es notwendig, für zu sorgen, daß die Kriegserwitwen und -waisen nicht schlechter gestellt werden als die Frauen, deren Männer noch leben. Eine Kriegserwitwen erhält in der Regel 33,50 Mk. monatlich, eine Kriegserwitwen 19 Mk., eine Kriegswaise bekommt 14,-, ein Kriegskind 19,50 Mark. Es ist zu bedauern, daß nach dieser Richtung hin noch nichts unternommen wurde. Man darf sich hier nicht allein auf das Reich verlassen. Dort hat man auf keinen Fall das nötige Interesse, um dieses Unrecht gut zu machen. Auch die Nationalstiftung kann nicht durchgreifend eintreten; eine Gleichstellung aus diesen Mitteln würde das Kapital rasch aufzehren. Sie ist dort zu verwenden, wo dringende Not schnell zu lindern ist. Hier muß von der Stadt aus eingegriffen werden. Kiel z. B. hat die Gleichstellung der Unterstützung von Kriegserwitwen und Kriegserwitwen bereits durchgeführt, Hamburg und Altona ebenfalls. In Berlin und Wandsbek bestreitet man sich demnach damit. Wir müssen auch hier diesen Weg beschreiten und ich nehme an, daß Sie meinem Antrag ohne weiteres zustimmen werden. Es sind nicht nur tatsächliche Gründe, sondern hauptsächlich Gründe der Menschlichkeit, die für den Antrag sprechen. (Lebhaft Beifall bei den Soz.)

Senator Dr. Schenck: Ein Antrag auf Erhöhung der Renten für Kriegserwitwen und -waisen ist dem Senat bereits vorgelegt und wird ihn in aller nächster Zeit beschäftigen. Der Antrag Stellung wird dem Bürgerausschuß überwiesen. Schluß 9 1/2 Uhr.

Die Kohlenversorgung im Hauptauschuß.

Der Hauptauschuß des Reichstages setzte am Sonnabend die im Freitag abgebrochene Sondersitzung zunächst nicht weiter fort, sondern erörterte die Versorgung mit Hausbrand.

Abg. Hoff erörtert eingehend die Wirkungen des Kohlenmangels. Der Reichskommissar hätte den Zeichenbaronen gegenüber ganz anders auftreten müssen. Entscheidend darf sein das Interesse der ärmeren Bevölkerung. Der Handel hat fast völlig versagt. Das Gefühl der Unsicherheit in der Kohlenversorgung wird immer stärker.

Ein Vertreter der Regierung schildert die Maßnahmen in der Kohlenversorgung und beschränkt, daß auf den Großhandel zu viel Rücksicht genommen worden sei. Auch gegen die Zeichenbühler sei scharf vorgegangen worden.

Abg. Gothein: An der Spitze der Kohlenhandwerker scheint die Verwaltung des preussischen Abgeordnetenhauses zu stehen. Abg. Wurm (U. Soz.) schildert die Wirkungen des Kohlenmangels in Berlin. Kohlen, die den Gemeinden zugewiesen wurden, sind nicht selten von der Militärverwaltung beschlagnahmt worden.

General Scheuch: Von militärischer Seite geschieht alles, um die Kohlenzufuhr nach Berlin und die Abfuhr zu sichern. Abg. Löffel (Christlich) meint, daß bei der Rüstung in Deutschland eine weitere Einschränkung der Versorgung mit Kohlen unzulässig sei.

Abg. Hoff: Der Vertreter des Reichskommissars ist über die wichtigsten Fragen einfach hinweggegangen. Die Antwort der Heeresverwaltung ist völlig ungenügend. Die Gemeinden, die großen Waldbesitz haben, müssen gezwungen werden, Holzschlagungen zu lassen.

Damit ist die Debatte erledigt und der Ausschuß trat in die Fortsetzung der Beratung über die erfolgte Erhöhung des Haferpreises ein.

Abg. Kretsch hält den Preis von 400 Mk. pro Tonne nicht für zu hoch. Abg. Wandorf hat große Bedenken gegen das einschlägige Verbot.

Abg. Wurm (U. Soz.) übt ebenfalls scharfe Kritik an dem System des Anreizes durch Gewährung höherer Preise. Staatssekretär v. Waldow: Er sei nur ungern an diese Regelung herantreten, aber es bliebe kein anderer Weg. Die Deduktion des Heeresbedarfs konnten nicht weiter hinausgeschoben werden. Er bedaure, daß der Senat nicht gehört werden konnte. Er habe die Vollmacht selbstständig einzugreifen, wenn die Kriegsnotwendigkeit das erfordere.

Abg. Bauer (Soz.): Der Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes hat den Haferpreis, der zuzüglich der Druschprämie bereits 336 Mk. beträgt, bis zum 31. Dezember d. J. um weitere 70 Mk., also auf 406 Mk. erhöht, ohne den als Vertretung des Reichstages vom Reichskanzler beauftragten Ernährungsbeirat auch nur zu hören. Durch diese vollkommen unbegründete enorme Preis-erhöhung wird nur die Verschärfung des Brogtreibens gefördert und die Versorgung des Volkes mit Brot auf schwerere gestellt. Die sozialdemokratische Fraktion protestiert auf das schärfste gegen das nur den Interessen der Erzeuger Rechnung tragende eigenmächtige Vorgehen des Kriegsernährungsamtes, das lediglich durch fortgesetzte Preissteigerungen die Entlastung der Bestände an Lebens- und Futtermitteln zu bewirken sucht. Die Fraktion erwartet von der neuen Reichsregierung, daß sie das Kriegsernährungsamt ungenügend zu energischem Vorgehen im Interesse der Verbraucher veranlaßt. Sollten diese Erwartungen nicht erfüllt werden, wäre die Fraktion genötigt, die Mitarbeit im Kriegsernährungsamt einzustellen und ihre Vertreter im Reichsrat zurückzuziehen, weil sie jede Zusammenarbeit für die kommenden Ereignisse ablehnen muß.

Staatssekretär v. Waldow bekräftigt, daß das Kriegsernährungsamt agrarische Interessen fördere. An Schärfe des Vorgehens habe es das Kriegsernährungsamt nicht fehlen lassen; der Zwang läge aber nicht immer zum Ziele. Abg. Kretsch fordert höflich erregt, daß die Angriffe auf die Landwirtschaft aufhöre. Damit schließt die Debatte.

Der Antrag, die Frage der Lieferungen ins Ausland, der Kriegsernährungsamt und der Kriegsernährungsamt einem zehngliedrigen Unterausschuß zu überweisen, wird nach kurzer Begründung durch Abg. Stresemann angenommen.

Ernährungsfragen.

Für die bessere Versorgung Berlins.

Die Schwierigkeiten im Ernährungswesen veranlassen am Sonnabend die Berliner Ernährungskommission, die aus Anlaß der Arbeitseinstellungen am 16. April 1916 aus Vertretern der Nahrungsbereitstellung gebildet wurde, im Reichstag eine gemeinsame Aussprache mit Mitgliedern des parlamentarischen Ernährungsbeirats und anderen Abgeordneten zu veranstalten. Im Laufe der Verhandlungen, an denen als Vertreter des Berliner Magistrats Herr Stadtrat Dr. Löning, als Mitglieder des parlamentarischen Ernährungsbeirats die Abgeordneten Pauer, Wolfenbuter, Robert Schmidt, Reis und Dr. Wendorf, und weiter die Abgeordneten Murr und Ebert teilnahmen, wurde Herr Unterstaatssekretär Dr. Braun vom Kriegsernährungsamt erachtet, an der Beratung teilzunehmen, um die Wünsche und Fragen der Arbeiterschaft persönlich entgegenzunehmen. Die Vertreter der Arbeiterschaft erklärten mit aller Deutlichkeit, daß es unmöglich sei, mit den jetzt festgelegten Rationen auszukommen, daß der Fleischhandel und Wurst unter den Augen und der Begünstigung der Behörden blühe. Eine Erhöhung der Kartoffelration auf 10 Pfund sei unerlässlich und auch möglich. Unterstaatssekretär Dr. Braun versuchte in längeren Darlegungen nachzuweisen, daß das R.E.A. alles getan habe, was in seinen Kräften stand. Der Anregung des Verhandlungsleiters Ebert, die angeschnittenen Fragen in der nächsten Sitzung der Ernährungsbeiratsrat zur Verhandlung zu bringen, stimmte der Unterstaatssekretär zu. Die Sitzung findet im Laufe der kommenden Woche statt in ihr wird auch über die Erhöhung des Haferpreises und die Unterbindung des Fleischhandels verhandelt werden.

Wagenschmiere für die Wahlreform. Auf einem Paphos sah jüngst ein Wehrmann, der im Zivilberuf Gastwirt ist, unter anderen Stüdchtern einen mächtigen Kübel, der die Aufschrift „Wagenschmiere“ trug und vom Pommerischen Bi-handelsverband an den Dekanomen des preussischen Landtages adressiert war. Neugierig, wozu man im preussischen Abgeordnetenhaus Wagenschmiere brauche, hob der Wehrmann den Deckel und entdeckte, daß der Inhalt aus prima Schweinefett bestand. Der Wehrmann, der aus seinem Zivilberuf wußte, daß man mit kleinen Gastwirten in ähnlichen Fällen wenig Umstände macht, erwartete Anzeige. Er erhielt aber die Antwort, die Erhebungen hätten allerdings ergeben, daß das Schweinefett zur Verpflegung der Abgeordneten bestimmt sei, die falsche Deklaration sei aber nur erfolgt, um den Transport vor Diebstahl zu schützen, so daß eine strafbare Handlung nicht vorliege. Der Staatsanwalt hat die letzten Gründe seiner Weigerung vielleicht doch für sich behalten. Allerdings soll alles Fett, das der Staatsbürger dann nicht bekommt, durch die Reichstagskasselle geleitet werden. Allerdings entfehlt die Frage, wie der Pommerische Viehhandelsverband Fett abgeben kann, da er es doch an die erwähnte Reichstagskasselle hätte leisten müssen? Aber las nicht ein höherer staatlicher Grund vor, diesmal mehr als ein Auge zuzudrücken? Die innerliche Einstellung der Herren Abgeordneten soll offenbar ein reifungsloses Zustandeformen der Wahlreform ermöglichen. Sagt doch schon das Sprichwort: Wer gut schmeert, der gut fährt!

Gewerkschaftsbewegung.

Die erste Reichskonferenz des Deutschen Eisenbahnerverbandes, unsere jüngste, der Generalkonferenz der Gewerkschaften Deutschlands angegliederte gewerkschaftliche Organisation hat eine beispiellose Aufwärtsentwicklung aufzuweisen. In wenigen Monaten überfließte sie alle für die Eisenbahnerbediensteten vorhandenen Organisationen bis auf eine, und auch diese dürfte in kurzer Zeit überholt sein. Der Leistung des Verbandes erwachsen aus dieser stürmischen Aufwärtsentwicklung Aufgaben, die an die Arbeitskraft des einzelnen ganz außergewöhnliche Anforderungen stellen. Die vielen neu gegründeten Ortsgruppen entwickelten sich sprunghaft und erreichten Mitgliederzahlen von 1000, 2000 und in einzelnen Fällen von weit über 3000. Zu den hieraus erwachsenen Verwaltungsarbeiten kam die Notwendigkeit, eine umfassende Tätigkeit zur Verbesserung der Lohn- und Dienstverhältnisse für die Eisenbahnerbediensteten zu entfalten. Es gelang dieser Verbandsleitung, die sich in den Weg stellenden Schwierigkeiten zu überwinden und dem Verband in ganz Deutschland immer neue Scharen zuzuführen, ebenso aber auch für eine widerstandsfähige Organisation zu wirken. Um nun rasch den einheitlichen Aufbau der Organisation und eine einheitliche, nach gewerkschaftlichen Grundsätzen sich vollziehende Durchführung der Verbesserung der Lohn- und Dienstverhältnisse herbeizuführen, tagte am 27. und 28. November die erste Reichskonferenz des Verbandes im Gewerkschaftshaus in Berlin. Die große Zahl der aus allen Teilen des Reiches herbeigekommenen Konferenzteilnehmer legte Zeugnis ab von der Markterkennung des Verbandes. Der Geist, von dem die zweite Reichskonferenz bezeugt war, ist ein Beweis dafür, daß das langfristige Ziel der Eisenbahner, eine mächtige Einheitsorganisation zu schaffen, seiner Verwirklichung nahe ist. Die Tagesordnung lautete: 1. Bericht des Vorstandes und Geschäftliches. 2. Die Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Eisenbahner. 3. Der Ausbau unserer Organisation. Dem Bericht erstattete der Vorstandsleiter Brunner. Die sich daran anschließende Diskussion war sehr ausgefüllt, brachte aber nur eine einheitliche Anerkennung der vom Vorstand geleiteten Arbeit. Das Referat von Punkt 2 hatte ebenfalls Brunner übernommen. Auch hier hatte eine lebhafteste Diskussion, bei der eine volle Anerkennung zwischen Vorstand und Ortsvereinigungen zu Tage trat. Folgende Entschlüsse sind einstimmig angenommen: Die Konferenz stimmt den in dem Referat des Vorstandes enthaltenen, kollektiven Brunner, aufgestellten Grundsätzen für die Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Eisenbahner zu. Nach einhelliger Bestätigung dieser Grundsätze beschließt die Konferenz: Der Vorstand ist beauftragt, in möglichst kurzer Zeit diese von der ersten Konferenz der Vertreter der Ortsvereinigungen, Bezirksleiter und Ortsvereinigungen der Deutschen Eisenbahnerverbandes anerkannten Grundsätze für die Aufstellung eines Programms zur Vertretung der Interessen der Eisenbahner in Bezug auf Lohnpolitik, Arbeitsvertretung, Organisationsrecht, Arbeiter- und Arbeiterinnenrecht, Arbeiterzuschuß, als Unterlage zu benutzen und dieses Programm in Form einer Broschüre den Eisenbahner sowie der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Der 3. Punkt der Tagesordnung brachte eine Fülle von Anregungen und Anfragen. Beschlüsse wurde eine Ergänzung des Vorstandes, der Ausbau der Bezirksleitungen, eine Verbesserung der Unterstützungs- und der Verwaltungseinrichtungen. In einem Schlußwort betonte der 2. Vorsitzende, Sie ring, daß diese Konferenz einen Meilenstein bilden wird in der Geschichte der Eisenbahnerbewegung. Es gibt keine Organisation, die einen ähnlichen glänzenden Aufstieg zu verzeichnen hätte. Trotzdem müsse tüchtig weitergearbeitet werden, um die noch fernstehenden Eisenbahner dem Verband zuzuführen. Mit einem begeisterten angenommenen Hoch auf den Verband fand die Konferenz ihr Ende.

Aus Nah und Fern.

Einwärtsziehen in Holland. Aus dem ganzen Lande kommen Nachrichten von ziemlich bedeutenden Schäden, die durch die deutschen Stürme der letzten Tage angerichtet wurden, und von örtlichen Ueberflutungen. Bei Baarn wurden die angrenzenden Wasserflächen der Zuden-See über den Damm getrieben und mehrere hundert Hektar Land überschwemmt. Bis jetzt haben die Deiche handgehalten. Man fürchtet aber, wenn das nürntliche Wetter eintritt, einen Durchbruch. - „Vont Parvies“ melde aus Dore: Eine englische Oze eine unbekannten Namens zerschellte im Sturm. Die Besatzung ist verloren. Sechs Tote wurden bei Kap Conneur aufgefunden.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Täglich in Lübeck.